

Vierteljährlicher Abonnements, Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 25 Sgr. Durch die resp.
Post, Anhalten überall nur:
1 Thlr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von S. Richter,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breite-
weg No. 136.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 85.

Halle, Montag den 10. April
Hierzu eine Beilage.

1848.

Deutschland.

Berlin, d. 7. April. Se. Maj. der König haben geruht: Das erledigte Präsidium bei dem Ober-Landesgericht zu Ratibor einstweilen dem bisherigen Staats-Anwalt beim Kammergericht, Geheimen Justizrath August Wenzel, zu übertragen; und den Wirklichen Geheimen Rath von Frankenberg-Ludwigsdorff zu Posen auf seinen Antrag seiner Stellung als Chef-Präsident des Ober-Appellationsgerichts und des Ober-Landesgerichts daselbst zu erheben und ihn zur Disposition zu stellen.

Se. Durchlaucht der General der Infanterie und General-Gouverneur von Neu-Vorpommern, Fürst zu Putbus, ist von Stettin hier angekommen. — Der Ober-Präsident der Provinz Preußen, von Auerwald, ist nach Königsberg i. Pr. abgereist.

Die Sitzung der Berliner Stadtverordneten am 5. d. M. gehört durch den nachfolgenden Beschluß vielleicht zu den wichtigsten, die jemals von unserer Communalbehörde abgehalten wurden. Auf den Antrag des Dr. Rauwerk hat die Versammlung mit größter Majorität beschlossen: durch eine erwählte Deputation, bestehend aus den Stadtverordnetenvorsteher Journier und Dr. Rauwerk, bei dem Ministerium mündlich gegen das gestern publicirte königl. Propositionsdecret, betreffend die Wahl der 113 preussischen Volksvertreter bei der deutschen Bundesversammlung durch die Ständekammern, Protest einzulegen, indem sie nur solche als wahre Vertreter ansehen könne, welche aus Urwahlen hervorgegangen. — Der Magistrat soll ersucht werden, sich Dem anzuschließen, und soll die Deputation sofort abgehen. (B. 3. 5.)

Berlin, d. 7. April. (Allg. Pr. Ztg.) Wir haben bereits gestern die in dem neuesten Stück der Gesetz-Sammlung publicirte provisorische Verordnung, die Aufhebung der Wahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer betreffend, mitgetheilt. Heute sind wir in den Stand gesetzt, die dieser Verordnung zu Grunde liegenden Motive durch Veröffentlichung des über dieselbe von Seiten des Staats-Ministeriums an des Königs Majestät erstatteten

Berichts zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Dieser Bericht lautet:

Die in der Entwicklung begriffene Umgestaltung der Staats-Verfassung bedingt eine anderweite Regulirung des bestehenden Abgabensystems. Diese Regulirung wird es sich vorzugsweise zur Aufgabe zu machen haben, die auf der minder wohlhabenden Klasse der Nation ruhende Steuerlast zu erleichtern. Von einer dereinstigen ruhigeren Gestaltung der inneren und äußeren Verhältnisse der Monarchie ist zu hoffen, daß diese Aufgabe ohne eine gleichzeitige allgemeine Erhöhung der von dem wohlhabenden Theil der Bevölkerung zu zahlenden Abgaben zu lösen sein wird.

Erw. Königl. Majestät Fürsorge hat diese Aufgabe schon früher ins Auge gefaßt. Der dem ersten Vereinigten Landtage vorgelegte Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer hatte den Zweck, durch gleichmäßigere Vertheilung der von der Nation zu entrichtenden Steuern den Beitrag der weniger Wohlhabenden zu den Staatslasten zu vermindern. Nachdem dieser Entwurf die ständische Zustimmung nicht gefunden hat, werden nach Erw. Königl. Majestät Allerhöchsten Bestimmung der künftigen Volksvertretung neue, zu demselben Ziele führende Vorschläge vorzulegen sein, mit deren Berathung sich das Staats-Ministerium, sobald es die Umstände gestatten, beschäftigen wird.

Dringende Verhältnisse machen es indessen rathsam, schon jetzt eine Maßregel zu ergreifen, welche die Möglichkeit gewährt, die von Erw. Königl. Majestät beabsichtigte Steuer-Ausgleichung da, wo es ein unmittelbares Bedürfnis erfordert, vorläufig und insoweit eintreten zu lassen, als dies ohne Zustimmung der Volksvertretung zulässig ist.

Durch die in den meisten größeren Städten der Monarchie zur Erhebung kommende Wahl- und Schlachtsteuer wird der dieser Steuer unterworfenen Theil der Bevölkerung in stärkerem Maße belastet, als der Klassensteuerpflichtige Theil der Nation. Zugleich trifft die Wahlsteuer, welche beinahe zur Hälfte ihres Ertrags durch die Abgabe vom Roggenmehl gebildet wird, in einem nicht richtigen Verhält-

nif den Verbrauch der minder wohlhabenden Klassen. Diese Ungleichheit wird doppelt drückend in einer Zeit, wo die im Verkehr eingetretene und in den größeren Städten, den Sigen des Handels und Gewerbefleißes, besonders fühlbare Stockung die Gelegenheit zum Erwerbe für die arbeitenden Klassen verringert hat.

Das Staats-Ministerium ist der Ueberzeugung, daß hierin eine alsbaldige Abhülfe dringend Noth thue. Diese Hülfe kann, ohne den Befugnissen der Volks-Vertretung zu nahe zu treten, darin gefunden werden, daß in denjenigen Städten, welche darauf antragen, die Wahlsteuer aufgehoben und bis auf Höhe von zwei Dritttheilen ihres bisherigen Ertrages durch eine direkte Steuer ersetzt wird, deren Form der Wahl der einzelnen Kommunen überlassen bleibt, und welche von den letzteren als ein Kontingent an die Staatskasse abzuführen ist.

Daß nur die Aufhebung der Wahlsteuer und nicht zugleich der Wegfall der Schlachtsteuer ins Auge gefaßt wird, findet seine Rechtfertigung einerseits in dem Umstande, daß die Schlachtsteuer vorzugsweise auf dem Verbrauch der wohlhabenderen Klassen ruht, andererseits darin, daß die durch die jetzigen außerordentlichen Verhältnisse herbeigeführte Vermehrung der Staats-Ausgaben nicht gestattet, eine größere Erleichterung zu gewähren, bevor nicht der Ertrag des Ausfalls in anderweiter Art völlig gesichert ist. So wenig, als eine solche Ausdehnung der Maßregel würde ferner deren Beschränkung auf die Aufhebung der Steuer vom Roggenmehl rathsam sein, da hierdurch der beabsichtigte Erfolg gefährdet und mancherlei Schwierigkeiten bei der Ausführung hervorgerufen werden würden.

Durch den Erlass eines Dritttheils von dem bisherigen Wahlsteuer-Ertrage wird die Steuer-Ausgleichung zwischen dem mahl- und schlachtsteuerpflichtigen und dem klassensteuerpflichtigen Theile des Landes angebahnt werden.

Darüber, daß der Ertrag der für die Staatskasse festzuhaltenden zwei Dritttheile des Ertrages der Wahlsteuer durch eine direkte Steuer zu beschaffen sei, wird, im Hinblick auf die Beratungen über die diese Frage betreffenden, oben erwähnten Vorlagen an den ersten Vereinigten Landtag ein Zweifel nicht obwalten können. — Es wird nur dafür zu sorgen sein, daß die arbeitenden Klassen von dieser Steuer befreit bleiben, da der Zweck der Maßregel eben dahin geht, die Lage dieser Klassen zu erleichtern. Eine Bevorzugung der städtischen Arbeiter-Bevölkerung vor dem der Klassen-Steuer unterliegenden Arbeiter-Stande des klassensteuerpflichtigen Landes ist hierin nicht zu finden, da jene nach wie vor der Schlachtsteuer unterworfen bleibt und damit durchschnittlich in demselben Verhältnis zu den Staats-Lasten herangezogen wird, als diese durch die Klassen-Steuer.

Die Wahl der Form für die zu erhebende direkte Steuer den einzelnen Kommunen zu überlassen, empfiehlt sich aus mehr als einem Grunde. Zunächst durch den bei einer provisorischen und rasch durchzuführenden Maßregel doppelt erheblichen Vorzug der leichteren Ausführbarkeit. In der Mehrzahl der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte bestehen bereits direkte Kommunal-Steuern, an welche sich die neue Steuer mit Leichtigkeit anschließen läßt; wo dergleichen noch nicht bestehen, wird die Erhebung einer den besonderen Verhältnissen des Orts angepassten Steuer weit weniger Schwierigkeiten finden, als die Einführung einer Steuer, deren Form auf einer die Berücksichtigung dieser besonderen Verhältnisse ausschließenden allgemeinen Anordnung beruhen würde. Sodann werden auf diesem Wege

alle Bedenken gegen die staatsrechtliche Zulässigkeit der Maßregel vermieden, da die Ertrag-Steuer für die Wahlsteuer als ein von jeder einzelnen Stadt für sich und in der ihr angemessen scheinenden Form aufzubringendes Kontingent behandelt wird; sie erhält dadurch den Charakter einer nach §. 13 des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabensystems vom 30. Mai 1820 allein von der Entschließung der Kommunen und der Genehmigung des Staates abhängigen Kommunal-Steuer.

Es bleibt endlich zu erwägen, daß es Städte geben kann, denen es nicht wünschenswerth erscheint, die Wahlsteuer aufgehoben und durch eine direkte Steuer ersetzt zu sehen. Es würde den Grundsätzen der Billigkeit nicht entsprechen, die Arbeiter-Bevölkerung solcher Städte von den Vortheilen auszuschließen, welche diesem Theile der Bevölkerung in denjenigen Städten zu Gute kommen werden, deren Verhältnisse die sofortige Aufhebung der Wahlsteuer gestatten. Zur Vermeidung dieser Unbilligkeit bietet sich der Ausweg dar, daß in solchen Städten die Wahlsteuer zwar wie bisher forterhoben, jedoch ein Dritttheil des Rohertrags derselben der städtischen Behörde behufs Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch Ausführung öffentlicher Arbeiten oder auf andere den Lokal-Verhältnissen entsprechende Weise überwiesen wird.

Bei Ew. Königl. Majestät trägt das Staats-Ministerium allerunterthänigst darauf an:

die vorstehend entwickelten Maßregeln Allernädigst genehmigen und die zu diesem Zweck im Entwurf beigefügte Verordnung huldreichst vollziehen zu wollen.

Berlin, den 3. April 1848.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Camphausen. G. v. Schwerin. v. Auerswald. Dr. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

An des Königs Majestät.

Posen, d. 4. April. Die im Großherzogthume stehende bisher bekannt gewordene Truppenmacht ist folgende: das 18. und 19., das 21., 22. Regiment, ein Bat. des 7. Inf.-Reg., die Landwehr des 6. und 7. und für jetzt noch die des 18. und 19. Regts., alle diese Truppen das Bataillon zu 1000 Mann berechnet, 2 Compagnien Schützen à 250 M., 2 Comp. Pionire à 180 M., 4 Comp. Fuß-, 3 Comp. reitender Artillerie à 96 M., das 2. (Schwarze), das 7. Husaren-, das 1. Ulanen-, das 3. Dragoner-, das 4. Cuirassier-Regiment circa à 980 M., schon diese bis jetzt aufgezählten Truppen geben 25,300 M., von denen fast 20,000 M. auf die Stadt Posen und die nächste Umgebung derselben kommen.

Koblenz, den 5. April. Der commandirende General des 8. Armeecorps, v. Thile, ist auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt worden, und nahm bei der gestrigen Wachtparade Abschied vom Offiziercorps hiesiger Garnison, wobei er namentlich hervorhob, daß er in Rücksicht mancher Erscheinungen der jüngsten Zeit sich veranlaßt gesehen habe, Sr. Majestät um den Abschied zu bitten. Hr. v. Thile begibt sich von hier auf seine Güter in Pommern. Sein Nachfolger, Graf Canitz ist bereits von Köln eingetroffen und hat den Oberbefehl des Armeecorps übernommen. Zur Berichtigung einer meiner letzten Mittheilungen muß ich bemerken, daß es nicht der Herzog von Nemours und dessen Familie war, welche vorgestern hier eintraf, sondern der Prinz von Koburg und dessen Gemahlin Clementine, Tochter Ludwig Philipps.

(Eingesandt.)
Der Abend des 3. April.

„Durch Nacht zum Licht!
„Durch Kampf zum Sieg!

Die Natur feierte ihr Auferstehungsfest. — Aus den rauhen Märztagen geboren, begrüßte uns der April mit seinen warmen Lüften als freundlicher Frühlingsbote und verläugnend seine sonst launenhafte Natur, gleich als wolle er nichts nachgeben dem regen Treiben des Menschengewisses und nicht zurückbleiben im schaffenden Walten da, wo jener sich die Reife erstrebt und ankämpft gegen uralte starre Formen.

Und ein Auferstehungsfest zu feiern, wie sie, zogen Viele hinaus aus dem Geschäftstreiben, am Abend des 3. April, voll das Herz im freudigen Gefühle einer hehren Errungenschaft, denn es galt zu feiern das Fest der Geburt des constitutionellen Vaterlandes. Gegen 300 Personen hatten sich versammelt in dem mit Blumen und Fahnen in den preussischen und deutschen Bundesfarben geschmückten Saale zur Weintraube, um bei frohem Mahle und geistigem Genuße die Gefühle der Freude und des Dankes, der Eintracht und Liebe laut werden zu lassen. Wahrlich ein erhebender Anblick war es, wenn das Auge die weiten Räume durchslog, die, angefüllt vom Bürger, ohne Rücksicht auf Rang und Stand, widerhallten von lauterer Lust, in welche das Militair, vertreten durch sämtliche gegenwärtige Offizier-Corps — der Wehrstand dem Nährstand die brüderliche Rechte reichend — sich freundlich gemischt hatte, es thatächlich bekräftigend, — wie fortan Ein Band der Liebe und Einigkeit alle Eöhne des preussischen Vaterlandes umschlingen soll.

Wohl werth ist solcher Abend, dem Gedächtniß aufbewahrt zu werden und deshalb möge es dem Einsender der vorliegenden Zeilen vergönnt sein, die Kundgebungen und Hoffnungen, eben in der gemüthlichen Weise wie sie an jenem Abend auftauchten, noch einmal die Revue passiren zu lassen, in der Voraussetzung denen, welche nicht gegenwärtig waren, eine nicht unwillkommene Gabe, den gegenwärtig Gewesenen aber ein Gedenkblatt zu bieten, würdig der Aufbewahrung für Kind und Kindeskind.

Treten wir denn ein in den hell glänzenden Saal, suchen wir unser bescheidenes Plätzchen an der Tafeln langer Reihe und belauschen wir das Wort, das freie Wort des freien Preussensohnes in seiner gebotenen Folge und gedrängten Uebersicht *).

Prof. Meier, der herabredete, ergriff zuerst das Wort und führte in längerer Rede die neuen Institutionen, welche uns geworden, welche wir noch zu erwarten, vor das geistige Auge, daran die Behauptung knüpfend, daß, wenn uns auch Vieles geworden, es dennoch bei Wenigen bereits zu einer wahren Freude gekommen sein möchte. Er wenigstens könne sich einer solchen, bei dem Blicke in die Zukunft noch nicht hingeben, wolle aber den Wunsch aussprechen, daß jede der ausblühenden Hoffnungen ihrer Erfüllung entgegenreisen werde, wozu wir uns um so mehr berechtigt halten dürften, als unser Loos ja in Händen ruhe, auf welche wir mit vollem Vertrauen blicken könnten, in Händen denen, wer vermöge es zu läugnen, in den stürmisch gepeitschten Wogen der Gegenwart das Steuerruder des Staats mit Zuversicht und Gottvertrauen gelenkt, nicht einen Augenblick entsunken sei. Ihm daher, dem Fürsten, den die Vorsehung die Geschicke des Volkes anvertraut, solle das erste Hoch gelten!

*) Ich bin nicht Stenograph, und kann deshalb nur versuchen sämtliche Reden und Toasts ihrem allgemeinen Inhalt nach, aber so wie ich sie in vollem Herzen mit daheim trug, aus schlichter Feder wiedergeben, und darf deshalb wohl nicht fürchten den strengen Maasstab der Wort-Kritik am mein einfaches Resumé gelegt zu sehen. Der Eins.

Ernst und sich bewußt der inwohnenden Gaben erhob sich hierauf Dr. Schwarz — hoffentlich bald unser Schwarz — und führte uns in bilderreicher, hinreißender Sprache hin in jene kalte, mondhele Märznacht, in welcher Preussens Geschick sich entschieden — andeutend wie, während des Kampfes in den Straßen, ein gewiß nicht minder schwerer Kampf im Königl. Schloß, in der Seele des Königs gewüthet habe. — Ob jener Kampf nothwendig gewesen? Wir wollen es glauben — Aber Gerechtigkeit den Kämpfern von beiden Seiten, sei es, daß sie fochten für ihre Idee, für Freiheit und Recht, sei es daß sie stritten für ihre Pflicht und treu dem geleisteten Eide. — Ehre allen Gefallenen! — Fortan aber Freiheit in der Ordnung und Ordnung in der Freiheit, ein Hoch aber den Kämpfern des 18/19. März, wie der Sühnung, wie der Kraft des Volkes.

Ihm folgte Diaconus Hasemann, der Mann des Volkes, andeutend wie er nur einem Gedanken Ausdruck geben wolle, wenn er behaupte, daß, wer ein Haus bauen wolle sicher nicht beim Dache anfangen, sondern zunächst für eine tüchtige Grundlage Sorge; folgen möge man ihm daher im Geiste nach jener Furth der Franken und den Wunsch aussprechen: daß für das dort zu errichtende Staatsgebäude ein dauerhafter Grund gelegt werde und man dazu, wie verheißen, die breiteste Basis benutze, aber eben weil das Haus noch nicht fertig, möge und könne er heute ein Hoch noch nicht ausbringen auf den Bau. — Von diesem Bilde übergehend zum Staats- und politischen Leben, meine er, daß von der bestandenen und bestehenden reinen Politik das r zu streichen sei, damit es fortan nur Eine Politik gebe, und fordere er auf im einfachen Gläserklänge einzustimmen: — „Nieder mit der deutschen Zwietracht!“ — Also Einheit!

Zust. Comiss. Fritsch, der Würdenträger der Bürgerschaft, ergriff hierauf das Wort und wählte, als seiner Stellung als Stadtverordneten-Vorsteher wohl entsprechend, als Thema: „Ruhe ist erste Bürgerpflicht“; eine eben so ernste Pflicht sei aber auch die Ueberwachung derselben. Lange habe man dem Fürsten gegeben was des Fürsten ist, jetzt nun solle auch dem Volke gegeben, was des Volkes ist, und dahin gehöre denn auch zu Erhaltung der Ruhe, neben mancher andern Forderung, die Bewaffnung des Volkes, des Volkes, das seiner Kraft und seiner Rechte sich bewußt fühle, das da reif geworden in dem mächtigen Aufschwunge der Zeiten — darum dem deutschen Volke ein Hoch!

Kurz aber treffend wie immer, wies Kaufmann Jacob, der rastlos Thätige, hin auf die deutsche Jugend, wie auf die Männer, denen gegeben sei das Vaterland zu schützen von außen und innen, daß aber, wenn ihnen Anerkennung werde, eine solche gewiß nicht minder gebühre denen, die berufen seien sie zu führen — und laut donnernd tönte das »Hoch!« auf das Heer und ihre Führer durch den weiten Saal.

Jetzt erhob sich Major v. Vielefeld. — Würdevoll und ernst, in hohen Mannesjahren sah man ihm an, den bewährten Führer seiner Schaar, sah man ihm an wie, was er sprechen wollte, der reine Erguß war eines tief im Herzen überstömenden Gefühls.

„Wohl, meinte er, sei er gewohnt zu sprechen an der Spitze seiner Truppen und Kameraden, aber nicht geübt mit freier Rede einer solchen, wie der gegenwärtigen Versammlung unbefangenen entgegen zu treten, und dennoch möge er sich ein schlichtes, freundliches Wort nicht versagen: Schwere Zeiten seien vorübergezogen unter schwerer Pflichterfüllung, denn kaum habe der Soldat gewagt die Augen zu erheben ohne beschimpft zu werden, betrachtet habe man ihn als den Auswurf der Nation, und warum? — weil er treu gewesen dem geleisteten

Side. Mit bangem Herzen sei er und die Seinen auch heute noch hier eingetreten, aber mit diesem Eintritt haben sich auch die frohen Gefühle wieder geregt, daß der Soldat doch nicht so schlecht sei, als man ihn haben machen wollen, und stolz sei er es auszusprechen, daß die Hallischen Bürger es seien, die dem Militair, in so reicher Anerkennung, die geraubte Ehre zurückgaben. Dies hochfreudige Gefühl wolle und müsse sich denn auch in Worten Luft machen, wenn er seinen Dank für solche Gesinnung aussprache, und die Bürger von Halle hoch leben ließ.⁴

Und als das Hoch verklungen, da rauschte es durch den Saal im unendlichen Bravo! mit mächtigen Klängen, immer von neuen brach der Jubel und die Freude sich Bahn,

„und wollten sich nimmer erschöpfen und leeren
als wollten sie endlos sich neu nur gebären.“

In der That es war ein hoch erhebender, ergreifender Augenblick, wie der Mann, dessen Scheitel die Jahre schon bleichten, in jugendlichem Feuer sich sammt alle den Seinen hingab den Bürgern, wie die Bürger entgegentraten dem Militair, als Söhne eines Vaterlandes, als Brüder eines Volkes. — Gewiß, die stille Weihe des Gefühls, drückte dem Augenblick ein Siegel auf, fester als der bindendste Schwur! —

Damit nun auch dem Scherz und der Heiterkeit ihr Recht werde, erhob sich Hauptmann Deek in gemüthlicher Weise, Namens seiner Kameraden, dankend für die in Halle gefundene gastliche Aufnahme, und mit den Worten schließend:

„Die Gläser hoch! Aber Alle!

Es leben die Bürger von Halle!“

Nach dem Verklingen des nun folgenden Liedes »Schleswig-Holstein« zc. begann Prof. Wippermann mit den Worten: „Noch nie wohl ist diese Hymne mit solcher Begeisterung gesungen worden; mochan denn, die Zeit zum Handeln ist da!“ — und knüpfte daran den Inhalt eines ihm zugegangenen Schreibens aus Rendsburg, wonach die Dänen die Grenze bereits überschritten und in Haderleben eingedrungen seien, ohne daß man ihnen, bei den gering vorhandenen Mitteln, habe Widerstand leisten können. — Eine baldige Hilfe könne jedoch nicht fehlen, da bereits das 10. Bundes-Armee-Corps, so wie ein Theil der preussischen Garden nach der nordalbingischen Halbinsel aufgebrochen seien, mit deren Unterstützung, namentlich wenn erst die eigenen inneren Kräfte gehörig organisiert sein würden, man dem Feinde getrost die Stirne zu bieten hoffe. Dagegen seien Waffen und Munition, sowie anderweitiges Material, namentlich Charpie zc. lange nicht hinreichend vorhanden, weshalb sich, um das dringende Bedürfnis zu decken, in Hamburg bereits ein Central-Comité gebildet habe, um freiwillige Gaben in Empfang zu nehmen. — Ueberzeugt von den Sympathien für die deutschen Brüder rufe er daher laut: „Nieder mit den Dänen! — Hoch die Deutschen!“

Der brausende Einklang bekundete deutscher Brüder allgemeinen Einverständnis. Unmittelbar hierauf erhob sich Prof. Kraemer, bemerkend: daß die Extreme sich begegnen und er sich deshalb erlauben wolle, an das große Schleswig-Holstein eine kleine medizinische Bemerkung zu knüpfen, wenn er vorschläge in Betracht der verschiedenartigen Anwendung nicht Charpie, sondern lieber Leinwand abzusenden.

Der von Dr. Schmidt aus Bettin sofort hieran geknüpfte Vorschlag: „statt der Charpie deutsche Arme hinzusenden“, verlief spurlos.

Prof. Hinrichs erlies hierauf als Bethätigung der Theilnahme eine Aufforderung zu einer Sammlung für Schleswig-Holstein, der sich Hauptmann Deek in jovialer Weise mit den Worten anschloß:

„Schleswig-Holstein lassen wir leben,

Wohlan, wir wollen etwas geben:

Den Säckel auf!

Hier auf den Keller drauf!“

worauf die beiden Genannten die Sammlung persönlich eröffneten, deren Ertrag die Summe von 53 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf. ergab, welche Deek mit der Erklärung deponirte: „Hinter diesen 53 Thlr. stehen 53,000 Mann, und unter diesen bin ich.“ —

Als nächster Sprecher erhob sich Pastor Otto aus Krozig, andeutend: daß die Weltgeschichte das Weltgericht sei, und auf die Begebenheiten der Gegenwart übergehend, die Hoffnung aussprechend: „daß Rußland Polen frei geben möge.“

Wieder erscholl des Glases klingender Ton! — Heimliche Stille verbreitete sich im Saale, denn siehe patriarchalisch, freundlich um sich schauend war auch Er dem innern Drange gefolgt, auf den schon lange die Blicke forschend geweilt hatten — Uhlich war aufgestanden! — Lautlos harrten wir und er begann in seiner eigenthümlich hinreißenden Weise ohngefähr folgendermaßen: „Wir saßen im deutschen Hause, und es dünkte uns schön darin zu sein. — In dem Hause aber war ein Fenster, da schien die Sonne so lockend herein, und draußen war es grün, im nahen Walde sangen die Vögel ihr Frühlingslied und majestätisch wälzte der ferne Strom seines Bettes Wellen.“

— Da faßte uns die Sehnsucht, daß wir athmen möchten die frische Luft und hören den Gesang der Vögel und uns baden in des Stromes lockenden Wellen. Nach Freiheit sehnten wir uns! — Der Vater aber sprach: das muß ich besser wissen, ihr sollt in der Stube sitzen! — Aber in einer Nacht stand die Thür auf und wir huschten hinaus und fanden uns so wohligh draußen, schwelgten im Genuß der freien Luft und fühlten uns frei im rauschenden Strombade. So war uns geworden, wonach wir uns sehnten, was wir bedurften!“ u. s. w. — Von dem Bilde übergehend zu den freien Zuständen der Jetztzeit deutete der geehrte Redner dann an, wie in der Pressfreiheit Gutes und Böses, je nach ihrem Gebrauche, verborgen liege, wie wir einer Glaubensfreiheit bedürfen, nicht aber einer nach unserm Belieben und durch Menschen gesetzt, sondern einer durch die Wahrheit gebornen; wie uns Lehrfreiheit werden müsse, aber nur eine solche aus freien deutschen Herzen, die das Volk belehren und ihm nützen will, bis ihm emporgeholfen sei. — Also! Eine Pressfreiheit, nicht wie sie die Selbstsucht in ihren Pamphleten in die Welt schleudert, nicht von Menschen beherrscht, sondern von der Wissenschaft! Eine Lehrfreiheit, nicht beschränkt durch ein armes Consistorium, sondern auf Volksbildung gegründet! Eine Glaubensfreiheit, nicht beherrscht von einem Menschen, wo er auch sitze! Solchen heiligen Drei gelte sein Hoch!

Stürmischer Beifall lohnte dem gefeierten Redner und rief den unmittelbar folgenden Trinkspruch des Präsidenten v. Holleufer hervor: „Auf das Wohl des Mannes, der nicht bloß spricht, sondern auch seine irdischen Güter für seine Ueberzeugung eingesetzt hat!“ —

Die ausflodernden Jugendfeuer forderte hiernächst Dr. Rosenbaum auf, daß man, der inhaltschweren Gegenwart sich bewußt, auch der Vergangenheit gedenken möge, jener Zeit, in welcher die ersten Keime der Gegenwart emporgesproßt seien; und erinnernd an das Jünglingsfeuer, welches die Gemüther der Burschenschaft durchglüht, rückblickend auf einen Sneysenau und Stein, galt sein Gruß: „den Manen der großen Deutschen!“ —

Reichen Anklang fand der folgende Toast des Prof. Meier, welcher, die polnischen Zustände beleuchtend, damit schloß: „daß, wenn wir Polen geben, was ihm gehört, wir ihm doch nicht geben mögen, was ihm nicht gehört, nemlich: die Deutschen! — Sie sollen deutsch bleiben — darum ihnen in Posen und daß sie deutsch bleiben, ein volles Glas!“ —



Nach kurzer Pause erhob sich Prof. Marchand; übergehend zu den preussischen Verhältnissen meinte er, wie gewiß es sehr schwer sei das Staatsschiff zu lenken, um so schwerer wenn die Steuermänner fehlen. Schwer sei es, wie überhaupt, so namentlich jetzt, preussischer Minister zu sein und deshalb: darauf, daß sie ihren Beruf erfüllen, fordere er auf einzustimmen in den Ruf: „die preussischen Minister!“

Nach so vielen, dem Civilstande angehörenden Rednern war es erfreulich, auch das Militair wieder das Wort ergreifen zu sehen, als Hauptmann von Wussow das Glas erhob und erklärte: „wie zwar auch er nicht gewohnt sei vor einem großen Publicum zu sprechen, aber doch dem Herzensdrange folgen müsse, wenn er der Gebliebenen von 18^{13/15} gedächte und ihrem Andenken ein volles Glas weihe.“ — Auch hier konnte lauter Beifall nicht fehlen, der wahrlich nicht geringer wurde als

Geh. Commerz.-Rath Wucherer, der Bürgerfreund, aus der Vergangenheit herüberschritt zur Gegenwart, und ihren Freiwilligen, den neuen Freiwilligen in Schleswig-Holstein, ein grüßendes Hoch ausbrachte.

Die hierauf erfolgende Ansprache des Kaufm. La Baume, den Wunsch aussprechend, daß Polen nicht unter russischer Hoheit bleibe, und mit einem Perceat den Russen! endend, erlangte, als abschweifend von dem Zwecke der Versammlung, wohl nicht den gehofften Beifall. —

Dagegen erklangen Gläser und Stimmen in neuer Kraft und Fülle als Prof. Ulrici das Wort ergriff, und im Hinblick auf die errungene Freiheit sich dahin aussprach, daß Freiheit nur im Zusammenhang mit Ordnung möglich sei. Eine solche zu bewahren, seien die Männer von Halle zusammengetreten zu einer Schutz- und Bürgerwache, der seit kurzem anzugehören er sich selbst freudig rühme, und deren Commandeur, unserm allverehrten Mitbürger Geh. Commerz.-Rath Wucherer, so wie sämtlichen Hauptleuten und Führern er seinen achtungsvollen Gruß aussprechen wolle. —

War das Einverständnis und die Zustimmung gewiß eine allgemeine, so erhob sie sich zum stürmischen Jubel, als Major v. Dielesfeld das Glas hoch erhob und ächt militairisch, aber mit biederer Herzlichkeit ausrief: „Recht, meine Herren! aber was sollen die Offiziere, wenn die Gemeinen nichts taugen? — Darum hoch! auch die Gemeinen!“ — Und hoch! hoch! und abermals hoch! widertönte das Wort durch den freudig erregten Kreis, welches, kaum verhallt, aufs neue von dem Commerz.-Rath Wucherer als Commandeur der Schutzwache ergriffen wurde, um auszusprechen, welch guter Geist unser Halle befehle, wie Vertrauen Vertraut erweckt, und er noch ein Glas zu leeren auf das Vertrauen, welches uns Alle belebt.

Kurze Frist nur war den Zuhörern vergönnt, da stand, fast gehoben, auf dem Stuhle Hauptmann Deek, der freundliche Mann, dessen inneres freudiges Gefühl — gewiß der Vertreter seiner sämtlichen Kameraden — unwillkürlich auf den leuchtenden Gesichtszügen ausgeprägt war, wehrte dem anstürmenden Jubel mit beiden Händen und begann: „Neben dem Großen, meine Herren, will auch das Kleine sich breit machen. Ich stehe an der Spitze eines kleinen Häufleins und muß morgen leider Halle verlassen.“ — (nicht weiter vermochte er zu reden, denn „hier bleiben! hier bleiben!“ stürmte es in des Wunsches und in der Bitte Wellen zu ihm hinan) — worauf er erwiderte, daß er ja, wie bekannt, der Pflicht jedes Opfer bringen müsse; indessen sei er bereit, den Hallensern, wenn sie es annehmen wollten doch etwas zurückzulassen, und so mögen sie denn „sein Herz“ als Andenken behalten.

Und als neuer Jubelsturm losbrach, als wolle man ihn ednnoch nicht lassen, da sprach er: „Und noch etwas, meine

Herren! — Ich habe zwei tüchtige Jungen — mein Premier-Lieutenant hat deren sogar vier! — Sie sollen in Halle erzogen werden, wollen Sie sie haben?“ —

Und wir glauben, es erhob sich auch nicht Ein stiller „Nein“ dagegen. —

Zwei Toaste noch folgten, der Eine geltend dem Vorkämpfer deutscher Freiheit, dem Vater Arndt, und der Letzte: ihnen, die da die Freudenkränze in unsere Tage flechten, die Balsam legen auf des Geschickes brennende Wunden, die als Sterne uns leuchten in des Lebens Mitternächten, ihnen, unsern, „den deutschen Frauen!“

Die Zwischenzeit der Reden wurde ausgefüllt mit den Gesängen: „Wo Kraft und Muth in deutschen Seelen flammen! 2c.

„Stimmt an mit hellem, hohem Klang! 2c.

„Schleswig-Holstein meerumschlungen! 2c.

„Was ist des deutschen Vaterland! 2c.

„Ich bin ein Deutscher, kennt ihr meine Farben?“ 2c.

So endete der Abend; Ein Abend, dessen Gedächtniß seinen Theilnehmern gewiß unvergeßlich sein wird, unvergeßlich in seiner Gemüthlichkeit, in der Erhebung der Herzen, in dem Bewußtsein einer hohen Errungenschaft; Ein fernhin leuchtendes Zeichen ächten Bürgerthums, wahrer Volksverbrüderung, deutscher Treue, deutscher Freiheit, deutschen Brudersinnes! — Und wohl mir, wenn es mir gelungen durch vorstehende Mittheilung ein Blatt aus seinem Kranze aufzubewahren! **R.**

(Eingesandt.)

Aufruf an sämtliche Volksschullehrer der Provinz Sachsen.

Behufs Besprechung allgemeiner Angelegenheiten der Volksschule und ihrer Lehrer und demnächst einer, auf Grund der gewonnenen Resultate bei dem nächsten, ersten, constitutionellen Landtage einzureichenden Petition, beabsichtigt der hiesige Volksschullehrer-Verein,

Mittwoch, den 26. April c., im Magdeburger Bahnhof allhier, eine große, allgemeine Versammlung zu halten, bei welcher recht zahlreich sich betheiligen zu wollen, sämtliche Volksschullehrer unserer Provinz und deren Vereine — die entfernteren wo möglichst durch Deputirte — hiermit freundschaftlichst eingeladen werden.

Vornehmlich dürfte über folgende Hauptpunkte zu verhandeln und zu berathen sein:

- 1) Ueber die Erhebung der Volksschule, als öffentliches Institut zur Staatsanstalt und der Volksschullehrer zu unmittelbaren Staatsdienern.
- 2) Ueber die Leitung der Volksschule durch Männer vom Fach.
- 3) Ueber die Aufnahme des Volksschullehrers als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulvorstand.
- 4) Ueber eine volksthümlichere, zeitgemäßere und höhere Vorbildung des Volksschullehrers zu seinem Beruf.
- 5) Ueber eine zweckgemäße und ausreichende Besoldung der Volksschullehrer aus Staatsmitteln, und
- 6) über Pensionirung der Volksschullehrer, so wie über die Versorgung ihrer Wittwen und Waisen von Seiten des Staats, wie bezüglich der übrigen Staatsbeamten.

N. S. Die verehrten Redactionen der öffentlichen Blätter, Local- und Kreisblätter 2c. in unserer Provinz und deren Nachbarschaft werden um gefällige Verbreitung dieses Aufrufs gebeten.

Halle, den 5. April 1848.

Der Volksschullehrer-Verein.



7
 Die **Neue, höchst wichtige**
heilsame Anwendungsweise

der
Goldberger'schen Galvano-electrischen
Rheumatismus-Ketten.

Viele Erfahrungen, die ich über diesen Gegenstand gemacht habe, veranlassen mich zu der Kundmachung, daß das Tragen meiner Galvano-electrischen Ketten (zwischen den Schultern) Müttern und Ammen nicht genug empfohlen werden kann, indem diese Ketten durch den fortwährenden unschädlichen galvano-electrischen Reiz die Störung des Blutumlaufes verhindern und sonach jeden Schreck zc. wirkungslos machen. Statt jeder Anpreisung dieser Anwendungsweise lasse ich Endstehendes folgen, um dem geehrten Publikum zu zeigen, daß selbst hochgestellte Aerzte auf obenberegte Art meine Rheumatismus-Ketten angewandt und zweckentsprechend wirksam gefunden haben.

In **Alsleben** sind meine Fabrikate, wie bekannt, nur bei Herrn Rathmann **F. G. Meise** zu haben, so wie in **Halle** bei Herrn **Franz Laage**, in **Delitzsch** bei Herrn **F. Raumann**, in **Eilenburg** bei Madame **Emilie Meißner**, in **Eisleben** bei Herrn **Anton Wiese**, in **Löbejün** bei Herrn **C. W. Pisschke**, in **Merseburg** bei Herrn **Louis Garcke**, in **Naunus** bei Herrn **Carl Scheuermann**, in **Wettin** bei Herrn **Theodor Schreiber**, in **Ufersleben** bei Herrn **Lindemann**, in **Zerbst** bei Herrn **C. Riser** und in **Acken** bei Herrn **Theodor Schmidt**.

J. T. Goldberger, in der freien Bergstadt **Tarnowitz**.
 Fabrik von galvano-electrischen Apparaten.

Zeugniß.

Gefertigter bezeugt hiermit der Erfahrung und Wahrheit gemäß, daß die Goldberger'schen Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten, welche ihm aus dem hiesigen Haupt-Depot des bürgerlichen Apothekers Herrn **Carl Schürer** von **Waldheim** zur Experimentirung übergeben worden sind, sich bei rheumatischen und nervösen Leiden als vorzüglich wirksam und heilkräftig bewiesen haben. — Bei **Ammen** und **Müttern** aber, welche diese Ketten während des Stillens zwischen den Schultern unausgesetzt getragen haben, haben sich dieselben namentlich als ein wirkungsvolles Mittel in so fern bewiesen, als sie durch ihre fortwährend wirkende galvano-electrische Kraft die schädlichen Einflüsse auf das Gefäß- und Nervensystem zurückgehalten haben. Gefertigter kann deshalb dieses in seiner eigenthümlich heilkräftigen Art einzig dastehendes Mittel bei ähnlichen Fällen bestens anempfehlen.

Wien, den 5. März 1848.

(L. S.)

Alois Prosper Raspi,
 Doctor der Medizin und Chirurgie, Magister der Geburtshülfe, Mitglied der
 medizinischen Fakultät und akademischer Prokurator der Kaiserlich Königl. Universität zu Wien.

Die Aengstlichkeit des Publikums, hervorgebracht durch die Besorgniß vor Krieg und innern Unruhen, ist durch das bekannte gewordenen Fallissement mehrerer großer Banquierhäuser von Neuem aufgeregt worden, und es haben sich dadurch Manche bestimmen lassen, ihre bei den Banquiers stehenden Gelder zu kündigen. Dies veranlaßt mich, hierdurch öffentlich darauf aufmerksam zu machen, daß der Verkehr mit Wechsell in unserem Orte nur sehr unbedeutend ist, und daß wir deshalb von dem stattgehabten, wie auch von allen etwaigen ferneren Zahlungseinstellungen wenig oder gar nicht berührt werden können.

Eine Fortdauer der bisherigen ungegründeten Aengstlichkeit aber, wodurch sich, wie gesagt, Manche bestimmen lassen, ihre Gelder zu kündigen, kann nur höchst nachtheilig auf allen Verkehr wirken, denn es liegt in der Natur der Sache, daß der Banquier sich dadurch genöthigt sieht, alle seine außenstehenden Kapitale schnell und nöthigenfalls gerichtlich einzutreiben, was sehr viele Leute in dringende Verlegenheit bringen muß, da es unter den augenblicklichen Verhältnissen einem Jeden schwerer fällt, schnell baares Geld zu schaffen.

Mein Geschäft besteht, wie wohl ziemlich allgemein bekannt, hauptsächlich darin, fremde Gelder verzinslich anzunehmen und dieselben gegen Verpfändung sicherer hypothekarischer Obligationen auf kurze Zeit wieder auszuleihen. Wer daher in der jetzigen Zeit mir das bisher geschenkte Vertrauen entziehen und sein Geld lieber auf Hypothek geben will, der wird es mir und denjenigen meiner Debitoren, welchen es für jetzt schwer fällt, die mir gegen Hypothek schuldigen Kapitale schnell anderweitig zu beschaffen, erleichtern, wenn er mir seine Besorgnisse offen mittheilt und sich gegen mich bereit erklärte, nach Ablauf der Kündigungsfrist anstatt des baaren Geldes auch jene sichern Hypotheken, in deren Besitz ich bin, annehmen zu wollen, was auch von denjenigen, die mir bis jetzt schon ihr Geld aus Besorgniß gekündigt haben, wünschenswerth sein würde, da ich dann im Stande wäre, manchen meiner Debitoren Erleichterung zu gewähren und ihnen dadurch Opfer zu ersparen.

Daß ich übrigens die oben angedeuteten Grundsätze stets befolgt, wie auch, daß der Stand meines Geschäfts überhaupt meinen Creditoren auch nicht die entfernteste Besorgniß einflößen kann, dies haben die beiden hiesigen als Ehrenmänner anerkannten Herren, denen ich vor zwei Jahren meine Bücher vorgelegt, bereits damals öffentlich bekundet und sind von mir in den Stand gesetzt, dies auch jetzt noch zu thun.

Halle, den 10. April 1848.

Der Banquier **H. F. Lehmann**.

8

Pariser u. Wiener Shawls u. Umschlage- Tücher

im neuesten Geschmack empfehlen
Gebrüder Dombrowsky aus Leipzig.
Stand: am Gasthof zum Adler.

Verspätet!

Wir können nicht unterlassen, unsern lieben Hallensern aus der Ferne noch ein herzliches Lebewohl zuzurufen, und denselben gleichzeitig unsern innigsten Dank für die liebevolle und zuvorkommende Behandlung, die uns jederzeit von Seiten der dortigen Bürger zu Theil wurde, darzubringen.

Wir werden Halle nie vergessen; es wird immer in unsern Herzen leben; möge auch Halle sich noch recht oft seiner Füllkister erlanern.

Cantonirungs-Quartier Torgau, den 4. April 1848.

Im Namen sämmtlicher Kammeraden:

Schmidt, Feldwebel.
Böllner, Sergeant.
Henze, Unteroffizier.
Küffer, Vice-Unteroffizier.
Kosch, Gefreiter.

Laubgüchler, Feldwebel.
Hermann, Sergeant.
Mennicke, Unteroffizier.
Zeller, Vice-Unteroffizier.
Keil, Gefreiter.

Eine große Auswahl von Kutschwagen und Geschirr empfiehlt

L. Kathe, Wagenfabrik.
Leipzigerstraße Nr. 322.

Bom 10. April an ist mein Wellen- bad wieder eröffnet. C. F. Teuscher.

In der Schwetschke'schen Sort.-Buch. (Pfeffer) ist folgendes Schriftchen zu haben:

Was verlangt der deutsche Landmann im gegenwärtigen Zeitpunkt? Ein Wort an die neuen Volksvertreter von A. Schner. Preis 1 Gg.

Gesellschafts-Mantillen und Visites

in schwarzem Moiré und Taffet, als auch in bunten Farben, habe ich in großer Auswahl, größter Eleganz und neuesten Façons erhalten.

Frühjahrs-Mäntel,

das Neueste in allen wollenen und seidenen Stoffen, und verkaufe diese Sachen, wie schon bekannt, zu sehr billigen Preisen und ersuche ein verehrtes hiesiges und auswärtiges Publikum, mich mit recht zahlreichem Besuch zu beehren.

Wittve S. Ernsthal.

Das ich jetzt Neunhäuser Nr. 199 wohne, zeige ich hiermit ergebenst an und empfehle mich zu fernereit geehrten Aufträgen im Portraitiren, Lithographiren und feiner Porzellanmalerei. A. Bolke.

Die erste Etage im Hause Nr. 254 in der Leipzigerstraße ist Michaelis zu vermieten.

F. C. Spieß
in der alten Post.

Bettfedern-Verkauf.

Ich mache hiermit ergebenst bekannt, daß ich bis zum 14. dieses Monats selbst hier bin und zu möglichst billigen Preisen verkaufe, um den großen Vorrath von allen Sorten etwas zu vermindern. Das Verkaufslokal ist im Gasthof zum schwarzen Adler vor dem Steinthor.

Joseph Böschl,
Bettfedernhändler aus Böhmen.

An A. S. in Halle.

Obgleich Du meiner nicht mehr denkst,
Stets liebt Dich doch ein treues Herz.
Wenn Deine Gunst Du Andern schenkst,
Vergeh' ich hier in Gram und Schmerz.
Mein Wahlspruch bleibet immer noch der alte,
Er ist Dir ja von früher schon bekannt;
»Die Seel' ist Gott, ich füg' mich, wie
er walte,

»Das Blut gehört dem theuren Vaterland;

»Mein Herz ist Dir, Dir, die ich lieb' für immer,

»Seit ich Dich 's erste Mal gesehen hab';
»Die Ehr' sei mein, ich will nicht Pracht noch Schimmer,

»Die Ehre sei mein Leitstern bis zum Grab.«
Torgau, den 5. April 1848.

A. S.

Familien-Nachrichten.

Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich:
Aguste Boye geb. Raunhardt,
Dscar Zoepelmann.
Duerfurt und Halle a/S.

Todes-Anzeige.

Heute starb uns unser Söhnchen Otto am Durchbruch der Zähne im Alter von $\frac{3}{4}$ Jahren.

Gerbstedt, den 7. April 1848.

Loeke und Frau.

Todes-Anzeige.

Gestern Nacht starb unser kleiner lieber Paul, welches wir theilnehmenden Verwandten u. Freunden hierdurch tiefbetrübt anzeigen.
Eisleben, den 6. April 1848.

Heinrich Schmidt und Frau
geb. Worch.

Todes-Anzeige.

Am 29. März starb unerwartet unser guter Sohn, Gatte, Bruder und Schwager, Vater von 4 noch unermöglichten Kindern, der Hofmeister Johann Gottfried Flemming auf der Herzogl. Domain Wehlau bei Kadegast, in einem Alter von 44 Jahren. Seit einigen 20 Jahren war er im Dienste des Herrn Oberamtmann Braune in Kadegast, dem ich hierdurch, zugleich im Namen der trauernden Hinterlassenen, für die vielen Beweise von Liebe und Achtung, welche den Verstorbenen bis an seine Gruft begleiteten, sowie auch dem Herrn Pastor Kluge für die ausgezeichneten Worte des Trostes, meinen herzlichsten Dank ausspreche.

Leipzig, den 4. April 1848.

Johann Gottlieb Flemming.

Montag, den 10. April 1848.

Deutschland.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

Ew. Königliche Majestät haben in der Verordnung vom 18. März d. J. wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages zu erklären geruht, daß Sie mit Freuden den deutschen Bund durch Einverleibung Ihrer nicht zu demselben gehörigen Provinzen verstärken wollen, wenn deren berufene Vertreter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist. Das Königreich Preußen bildet eine der Provinzen Ew. Königlichen Majestät Staaten, welche noch nicht zum deutschen Bunde gehören. In dieser Provinz ist es seit der Gründung des deutschen Bundes tief beklagt worden, daß dieselbe, von Deutschland ausgeschlossen, in eine isolirte Lage gebracht sei, in der sie, vermöge ihrer innigen Verbindung mit Ew. Königlichen Majestät übrigen Staaten, alle Nachtheile empfand, welche den deutschen Bund berührten, ohne berechtigt zu sein, dessen Schutz staatsrechtlich zu fordern. Die Provinz Preußen, als Deutschlands Grenzwächter gegen Osten, kann diese vorgeschobene gefährliche Stellung mit unbeschränkter Hingebung nur in dem Bewußtsein behaupten, daß sie auch staatsrechtlich dem großen deutschen Vaterlande angehöre, mit welchem sie durch Sprache, Bildung und Gesinnung in der weit überwiegenden Mehrzahl ihrer Bewohner geistig schon vereinigt ist. Das Königreich Preußen ist deutsch und will deutsch bleiben. In dieser Gesinnung halten es die gesetzmäßigen Vertreter der Provinz Preußen für unerläßliche Pflicht, Ew. Königliche Majestät unterthänigst zu bitten:

Die Aufnahme der Provinz Preußen in ihren gegenwärtigen Grenzen ganz und ohne irgend eine Schmälerung in den deutschen Bund zu veranlassen.

Es ist dringend nöthig, daß die Aufnahme unserer Provinz in den deutschen Bund ohne Zeitverlust erfolge, um durch diesen Akt jeden Zweifel über unsere Lage zu beseitigen, um die unter allen Bewohnern in einer oder der anderen Richtung nicht zu leugnende Aufregung zu dämpfen, um die Vertreter der Provinz an der Umgestaltung des deutschen Bundes Antheil nehmen zu lassen, um der Provinz Preußen gesetzlich und staatsrechtlich den Schutz und die Hülfe in nahen oder entfernteren Gefahren zu sichern und ihre Aufopferungen zu vergelten, welche sie in den Befreiungs-Kriegen Deutschlands gebracht hat, und die sie zu erneuern immer bereit sein wird.

Berlin, den 3. April 1848.

Ew. Königl. Majestät

treu gehorsamste

Provinzial-Stände des Königreichs Preußen.

von Brünneck. Hoyerbeck. Born. Plagemann. Lefevre. Abegg. Thiel-Wangotten. Selle. Hannemann. Pohl. Schlenker. Graf v. d. Gröben-Ponaren. Kunheim. Gadegast. Timm. Raddaß. Dahlström. Lebens. Pannenberg. Grunau. Köppl. Raben. Ruhdel. Hooff. Wenghöfer. M. Thiel. Riesen. Kunkel. v. Platen. E. Sperber. Stattmiller. Thiel. Pieper. Hering. Fr. v. Saucken. Wehr. Greger. Reimer. Schickerts. Gleich. Mrongovius. Schlattel. v. Lensky. Will. Bessel. Urra. Dohna-Schlobien. Kischke. Kaun. Feldt.

du Bois. v. Gordon. Hensche. Wächter. Weese. v. Zychlinski. Bürger. v. Kanneurff. Heinrich. Pultke. Kiebold. Minkley. Hein. Gr. Keyserling. Meyhöffer. Schumann. Graf zu Dohna-Besselsbüfen. v. Arnim. U. v. Saucken-Julienfelde. Graf v. Dohna-Laud. v. Kall. Schönlein. Graf zu Dohna-Schlobitten. Dult. Schön. Sachsen. Grunwaldt. Rehesfeld. Bardeleben. Forstreuter. Frenkel-Beyme. Hasenwinkel. Sperling. Panzer. Brausewetter. Brämer. v. Meße.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen ic. ic.

haben aus der Erklärung Unserer getreuen Stände der Provinz Preußen vom 3. d. M. mit Wohlgefallen ersehen, daß dieselben, in Uebereinstimmung mit Unserem in dem Patente vom 18. v. M. ausgesprochenen Wunsche, die Einverleibung der Provinz Preußen in ihren gegenwärtigen Bezirke in den deutschen Bund beantragen.

Wir haben in Folge dieser Erklärung Unser Staats-Ministerium beauftragt, schleunigst die zur Aufnahme der gedachten Provinz in den deutschen Bund erforderlichen Einleitungen zu treffen, was Wir Unseren getreuen Ständen hierdurch vorläufig eröffnen.

Gegeben Potsdam, den 6. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. von Kehler.

Botschaft an die Stände der Provinz Preußen.

Berlin, 7. April. Die Nr. 11 der Gesetz-Sammlung enthält die

Verordnung

über einige Grundlagen der künftigen preussischen Verfassung.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen ic. ic.

verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. In Erweiterung der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. März d. J. (Gesetz-Sammlung S. 69) enthaltenen Vorschriften über die Cautions-Bestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4 Nr. 4 findet auch auf neue Zeitungen Anwendung.

§. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahme-Gesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appellations-Gerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Pressverbrechen, so wie bei politischen und Pressvergehen, die Zuständigkeit der Geschworenen-Gerichte ein.

§. 3. Die Verordnungen vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte, so wie das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren (Ge-

feh = Sammlung S. 77 und 90), treten in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft.

§. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährlich sind, von der Obrigkeit gestattet werden.

Eben so sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen.

Alle das freie Vereinigungsrecht beschränkende, noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

§. 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig.

§. 6. Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats, und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Potsdam, den 6. April 1848.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Arnim. Bornemann. Hansemann. von Reyher.

Berlin, d. 7. April. Das Justiz-Ministerial-Blatt enthält folgende allgemeine Verfügung vom 4. April 1848, die Ermäßigung der Stempel- und Gerichtsgebühren für die Verhandlungen über den Austritt aus der Kirche betreffend:

Verordnung vom 30. März 1847 §§. 14 und 17 (Gesetz-Sammlung Seite 125). Kabinetts-Ordre vom 18. Juni 1847 (Gesetz-Sammlung Seite 260).

In Folge eines Allerhöchsten Erlasses vom 3. v. M. werden die betreffenden Gerichtsbehörden, mit Bezug auf die Vorschriften der Verordnung vom 30. März 1847 (Gesetz-Sammlung Seite 125), über den Austritt aus der Kirche, hierdurch angewiesen, in den noch vorkommenden Fällen dieser Art

- 1) den Stempel für das Attest über die Austritts-Erklärung (Kabinetts-Ordre vom 18. Juni 1847 Gesetz-Sammlung Seite 260) in Zukunft nur auf 5 Sgr. festzusetzen;
- 2) die Gerichtsgebühren für die Verhandlungen über den Austritt auf den bisherigen geringsten Betrag von 10 Sgr. zu ermäßigen, im Fall des Unvermögens aber Stempel und Kosten niederzuschlagen.
- 3) ein Attest über den Austritt nur auf ausdrückliches Verlangen der Bethelligten auszustellen.

Berlin, den 4. April 1848.

Der Justiz-Minister.

In dessen Vertretung Risler.

Berlin, d. 7. April. Gestern hatten wieder unruhige Aufsitze hier statt. Die Arbeiter am Landwehrgraben, vom hallischen Thore an, waren, mit Fahnen voran, nach Moabit und dem in der Gegend des Plötzensees gegrabenen Kanal gegangen, wie man meldet mit dem Doppelzweck, einestheils das Arbeiten in Accord abzustellen, andertheils eine Anzahl schlesischer Arbeiter, welche insbesondere an dem Moabiter Kanal arbeiten, von dort auszutreiben. Es gelang ihnen einen Theil der Chausseearbeiter von Moabit für sich zu gewinnen, die sich dem Zuge anschlossen. In dessen herrschte über diese Sache unter den Arbeitern selbst eine verschiedene Ansicht. Ein Theil, sei es der kräftigere

oder fleißigere, wollten die Arbeit in Accord beibehalten wissen, weil dadurch mehr verdient würde. Es kam darüber zu Thätlichkeiten, bei welchen mehrere Arbeiter erheblich verwundet wurden. Die Nachricht von diesen Tugten und Konflikten hatten schon Besorgniß verbreitet, und man zog starke Abtheilungen Bürgerwehr zusammen, um weiteren Unordnungen vorzubeugen. Zugleich waren in der Stadt selbst wiederum aufregende Versuche durch Vertheilung von Flugschriften und Anreden an Arbeiter und Handwerker gemacht worden. Obgleich an vielen Orten diese Anforderungen eine eben so vernünftige als energische Zurückweisung fanden, so blieben sie doch auch nicht ganz ohne Folgen, wenn gleich ohne bestimmte Zwecke und Absicht. Es war daher die Nothwendigkeit vorhanden, die Thätigkeit der Bürgerwehr in ausgedehntem Maße aufzubieten, und namentlich das Schloß stark zu besetzen, da sich auf dem Schloßplatz fortdauernd starke Gruppen bildeten, die im Ganzen wohl aus Neugierigen bestanden, in welche sich aber auch andere Elemente einmischten. Die bewegten Theile der Stadt, zu denen auch die Linden, die Königsstraße, Grünstraße und andere gehörten, wurden durch starke Patrouillen der Bürgerwehr durchzogen. — Einige Verhaftungen haben stattgefunden. Später am Abend war alles ruhig und nach 10 Uhr zogen die meisten Patrouillen der Bürgerwehr wieder in ihr Quartier zurück.

Heute (Freitag) ist bis jetzt (Nachmittags 4 Uhr), alles ruhig geblieben und es scheint auch, als würde es gegen Abend zu keinen bedeutenden Demonstrationen kommen. Die renitenten Arbeiter haben denen am Plötzensee einen neuen Besuch abgestattet, jedoch nur in der friedlichen Absicht, sich mit ihnen zu versöhnen. Einige neue Differenzen sollen bei den Rattendruckern stattgefunden haben, indem mehrere hundert bereits früher in Folge des Einflusses der Maschinen entlassene und zu andern Erwerbszweigen übergegangene Arbeiter zurückgekehrt waren, um die gebliebenen gegen das Maschinenwesen aufzuregen und dahin zu bestimmen, mit ihnen gemeinsam auf Wiedereinführung der Handarbeit in den Rattendruckereien zu dringen. Es gelang indeß der gütlichen Vermittelung, die aufgeregten Arbeiter zu beschwichtigen und es wurde endlich eine Kommission der verschiedenen theilgenommen Parteien niedergesetzt, um die in Betracht kommenden Verhältnisse in friedlicher Weise zu erörtern und nach Kräften zu schlichten. Die große Popularität des bürgerfreundlichen Präsidenten von Minutoli erhielt hierbei einen neuen Beweis der Anerkennung, indem die Arbeiter ausdrücklich verlangten, daß derselbe den Verhandlungen der Kommission persönlich beiwohnen möge, einem Wunsche, dem der Präsident sofort auf das Bereitwilligste nachkam. Die Verhandlungen selbst waren derartig, daß sie eben so sehr von dem gesunden Sinn der Arbeiter als von jeder möglichen Bereitwilligkeit der Arbeitgeber ehrendes Zeugniß ablegten.

Berlin, d. 8. April. Se. Maj. der König haben geruht: Den Land- und Stadtgerichts-Direktor Siber zu Seehausen in gleicher Dienst-Eigenschaft an das Land- und Stadtgericht zu Stendal zu versetzen.

Se. Excellenz der Herzoglich anhalt-dessaulsche Wirkliche Geheim-Rath und Vorsitzende im Staats-Ministerium, Dr. Häbicht, ist von Dessau hier angekommen. — Der Prinz Ludwig zu Schonath-Carolath, ist nach Breslau von hier abgereist.

Stettin, den 3. April. So eben theilt man uns aus Kolberg mit, daß von dem Hafen dieser Stadt aus eine englische Flotte von 17 Segeln gesehen worden sei. Die



Strandbefestigungen Kolbergs ist man im Begriff zu vervollständigen.

Pleschen, den 4. April. Die polnische Grenze ist seit zwei Tagen gesperrt, und nur solche Reisende werden von jetzt ab durchgelassen, deren Paß von einem russischen Gesandten visirt ist. Preussische Staatsbürger in Polen, deren bisherige Pässe noch nicht abgelassen sind, werden zwar ohne jenes Visa nach Preußen gelassen, dürfen aber auf Grund der bisherigen Pässe nicht mehr nach Polen zurückkehren.

Posen, d. 1. April. Der kommandirende General und der Ober-Präsident haben die nachstehende Bekanntmachung erlassen:

»Ein gestern zur Öffentlichkeit gebrachter Aufruf an die gesammte deutsche Bevölkerung des Großherzogthums Posen vom 29. d. M. stellt die Behauptung auf, daß das Herannahen des Feindes die Bewaffnung gebiete, so wie sie gegenwärtig auf irreguläre Weise in vielen Städten und auf dem platten Lande des Großherzogthums stattfindet. Von einem herannahenden Feinde ist bis jetzt nichts bekannt. Sollte aber ein Feind heranziehen, so würde die Bewaffnung, um ihr Wirksamkeit beizulegen, ganz anders organisirt und die höhern Befehle dazu abgewartet werden müssen. Eine Gefahr im Verzuge liegt hierin nicht, da im Großherzogthum Posen disciplinirte Truppen genug vorhanden sind, um bis zur weiteren Entwicklung der Streitkräfte den ersten Angriff abzuwehren. Die Unterzeichneten erklären deshalb die eben bezeichnete irreguläre Bewaffnung nicht nur für eine durchaus ungesegliche, sondern auch für eine gefährliche, da sie zu Mißverständnissen Veranlassung giebt und mit allen friedlichen Versicherungen im Widerspruche steht. Posen, den 31. März 1848. Der kommandirende General von Colomb. Der Ober-Präsident v. Beumann.«

Frankfurt a. M., d. 4. April: (Erste Sitzung des Fünzigerausschusses.) Der Fünzigerausschuß versammelte sich heute Nachmittag 4 Uhr im Kaisersaal des Römers. Er beschloß, daß seine Sitzungen öffentlich sein, und daß dieselben nicht im Bundespalast, sondern in dem Saale der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung gehalten werden sollen. Der Ausschuß begab sich sofort dahin. Der Vorsitzende Soiron erklärte die erste öffentliche Sitzung des Fünzigerausschusses für eröffnet und theilte folgende Beurlaubungen mit: Blum für 1, Eisenmann für 8, Cetto für 8, Raveaug für 3, Buhl für 3, Mack für 8, Wilhelmi für 8 Tage. Demnächst berichtete der Vorsitzende über das Ergebnis der zwischen ihm und Abegg einerseits, und dem Bundespräsidialgesandten Grafen Colloredo andererseits Statt gehabten Besprechung durch Vorlesen nachstehender Bekanntmachung:

„Der von der Frankfurter Versammlung gewählte Fünziger Ausschuß ist sogleich nach Verkündung der Wahl zusammengetreten. Zum Vorstand wurde Soiron aus Baden, zum ersten Stellvertreter Robert Blum aus Sachsen, zum zweiten Stellvertreter Abegg aus Preußen, zu Schriftführern wurden Heinrich Simon aus Preußen, Benedey aus Preußen und Briegleb aus Coburg ernannt. Der Vorstand und der zweite Stellvertreter traten sofort mit dem Vorsitzenden der Bundesversammlung Grafen Colloredo in persönliche Verbindung, und erhielten von demselben die Erklärung, daß die Beschlüsse der Versammlung in Beziehung auf die Anordnung der Wahlen der constituirenden Versammlung und wegen des Ausscheidens derjenigen Bundestagsgesandten, welche das Vertrauen des Volkes nicht besitzen, ohne

allen Verzug durch die Bundestagsgesandten an die zuständigen Regierungen abgegangen seien, ferner, daß er sofort den Beschluß der Bundesversammlung über die Art und Weise, in welcher dieselbe geschäftlich mit dem Fünzigerausschuß zu verhandeln, beantragen und alsbald mittheilen werde.

Frankfurt a. M., den 4. April 1848.

Namens des Fünzigerausschusses.
gez. **Soiron**.

gez. Briegleb.“
Es wurde eine Commission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für den Fünzigerausschuß in folgenden Mitgliedern niedergesetzt: Jacoby, Hecksher, Pagenstecher, Wächter, Biedermann. Abegg trägt vor: er habe äußerlich aber sicher vernommen, daß der Bundestag noch berathe, ob auf 50,000, oder auf 70,000 Seelen ein Abgeordneter zur Nationalversammlung gewählt werden soll. In diesem Falle habe die Ausführung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung noch nicht begonnen. Ueber den Stand der Sache müsse man durch eine Deputation sich Gewißheit verschaffen und nöthigenfalls auf schleunigste Ausführung dringen. Sollten diese Beschlüsse nicht in ganz klarer Fassung mitgetheilt sein, so müsse schleunigst eine Commission dieselben präcis redigiren. Nach längerer Berathung wird der Antrag angenommen:

die Beschlüsse in Bezug auf die Wahl nochmals festzustellen und durch eine Deputation an den Bundestag zu erwirken, daß die Wahlen nach diesen Beschlüssen sofort vorgenommen werden.

Benedey beantragt eine Commission zur Ordnung und Veröffentlichung aller Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung, begleitet mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll die Ordnung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung durch die dem Ausschusse angehörigen Mitglieder des Secretariats der vorbereitenden Versammlung, Simon, Kierulff, Briegleb und Schwarzenberg erfolgen. Zur Abfassung einer Proclamation wird eine Commission (Benedey, Jacoby, Simon, Biedermann, Hergenbahn) niedergesetzt. Schleiden stellt den Antrag:

der Ausschuß habe den deutschen Bundestag aufzufordern, sofort durch einen Beschluß auszusprechen, daß Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen seien, damit in diesen deutschen Ländern die Wahlen zu der bevorstehenden constituirenden Versammlung rechtzeitig angeordnet und vorgenommen werden können.

Der Antrag wird angenommen.

Es wird eine Commission ernannt (Wießner, Graf Bissingen, Freudentheil, Stedtman, Murschel) um zu erörtern, auf welche Weise der Beschluß der vorbereitenden Versammlung auf Einberufung von sechs österreichischen Mitgliedern zum Ausschuß in Vollzug zu setzen sei.

Die nächste Sitzung ist morgen Nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung:

- 1) Bericht über die Geschäftsordnung und Berathung.
- 2) Bericht in Betreff der Einberufung von sechs Ausschußmitgliedern aus Oesterreich und Berathung.

Der Vorsitzende bemerkt, daß für künftig für Beziehung von Geschwindschreibern gesorgt sei, und schließt die Sitzung.

Zur Beurkundung:

Soiron, als Vorsitzender.

Briegleb, als Schriftführer.

Koburg, d. 3. April. Heute hat der Herzog den außerordentlichen Landtag eröffnet. Die Thronrede schließt:

Ich rechne dahin namentlich einen Wunsch, den ich schon länger gehegt, dessen Erfüllung jedoch lediglich auf dem Einverständnis meiner beiden Landestheile beruht; ich meine die Vereinigung meiner Herzogthümer Koburg und Gotha durch eine gemeinschaftliche Verfassung. Die großartigen Vortheile hiervon sind zu einleuchtend, als daß es hier einer nähern Bezeichnung derselben bedürfen könnte, und kaum möchte jemals zur Ausführung dieses Planes ein so günstiger Zeitpunkt sich wiederfinden als jetzt, wo nicht bloß eine Revision und zeitgemäße Reform des hiesigen Staatsgrundgesetzes nöthig erscheint, sondern auch dem Herzogthum Gotha eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Repräsentativverfassung zu Theil werden wird.

Karlsruhe, d. 3. April. Der Karlsruher Zeitung vom 4. April ist von einem ihr befreundeten Deutschen in Paris nachstehende Mittheilung zugegangen: Ich versichere Sie, das deutsche Hülfscorps denkt an keine Invasion, es denkt noch weniger daran, Deutschland eine Verfassungsform aufzudringen. Ja es wird nicht einmal über die Grenze rücken, wenn man es nicht gegen irgend eine Reaction anruft. Dies ist schon statutenmäßig festgesetzt. Geben Sie diese Nachricht als officiell, sie wird von Niemandem desavouirt werden. Glauben Sie mir, daß die provisorische Regierung, was sie that, nicht gethan haben würde, hätte sie jemals den Gedanken fassen können, die von hier wegziehenden Deutschen könnten die französische Friedenspolitik bloßstellen.

Karlsruhe, d. 4. April. Ein Abgeordneter der aus allen Theilen Frankreichs in Straßburg zusammenkommenen Polen, Dr. Zurkowsky, ist gestern hier eingetroffen, um unsere Regierung zu ersuchen, den zur Befreiung ihres Vaterlandes zurückkehrenden Polen einen freien und unentgeltlichen Durchzug durch unser Land zu gestatten. Das Ministerium hat bereitwillig diese Bitte gewährt, und dem Dr. Zurkowsky durch den Staatsminister v. Dusch eröffnen lassen, daß die Polen colonnenweise, 40 M. stark, täglich mit dem ersten Zuge von Kehl nach Mannheim per Eisenbahn, von Mannheim aber per Dampfboot frei und unentgeltlich nach Köln geführt werden sollen.

Wien, d. 4. April. Se. Majestät der Kaiser haben den provisorischen Minister-Präsidenten, Graf Kolowrat, wegen eines eingetretenen heftigen Unwohlseins, welches den unverschieblichen Gebrauch einer Kur dringend erheischt, von der provisorischen Leitung des Ministerrathes zeitweilig in Gnaden loszuzählen geruht, welche nunmehr interimistisch von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Ficquelmont, besorgt wird.

Oldenburg, den 4. April. Seit 3 bis 4 Tagen ist unsere Stadt der Sammelplatz des Militärs. Nach einem heute erlassenen Befehl ist der Ausmarsch des 1. Regiments, so wie eines Theils der Artillerie auf den 6. d. früh Morgens festgesetzt. Am 7. werden die Truppen in Bremen eintreffen, von wo sie pr. Eisenbahn über Hannover weiter befördert werden, um in circa 4 Tagen an Ort und Stelle zu sein.

Kendtsburg, d. 4. April. Die provisorische Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: „In Erwägung, daß nach amtlichen, der provisorischen Regierung zugegangenen Berichten mehre angesehene Beamte und Privatpersonen im nördlichen Theile des Herzogthums Schleswig von dänischen Truppen aufgehoben sind und gefangen gehalten werden; daß die Besatzungen schleswig-holsteini-

scher Kauffahrtsschiffe in dänischen Häfen gezwungen worden sind, gegen ihr Vaterland zu dienen; daß endlich schleswigsche im Eigenthum von Privatpersonen befindliche Schiffe von dänischen armirten Schiffen genommen und aus schleswigschen Häfen fortgeführt sind; beschließt die provisorische Regierung, welche die Personen und das Eigenthum dänischer Unterthanen fortwährend für unverleglich angesehen hat: Es ist den Rhedern und Führern schleswig-holsteinischer Kauffahrtsschiffe bis auf weiteres verboten, mit ihren Schiffen die Häfen des Königreichs Dänemark zu besuchen. Kendtsburg, den 4. April 1848. Die provisorische Regierung. Bessler. F. Reventlou. M. E. Schmidt. Th. Dilschhausen.“

Dänemark.

Kopenhagen, den 3. April. Man vertrauet hier zuversichtlich, daß wir auf Englands Beistand rechnen können, sollte irgend ein Europäischer Staat uns Schleswig zu entreißen mithelfen wollen, während wir uns schon hüten werden, Holstein anders als Deutscher Bundesstaat zu betrachten, und mithin wahrscheinlich schon angetragen haben (!), daß ein Deutsches Bundescontingent in Holstein einrücke, um dort Ordnung zu halten. So hoffen wir denn auch, mit allen unsern Nachbarn in gutem Einverständnis zu bleiben, und daß, wenn nicht vom Westen der Europäische Friede gebrochen werde, die bisherigen Flaggen auch ferner die Dfsee werden besafahren können. Hier hat man nur wenig Wesen darauß gemacht, daß hier im Hafen eine Preuße gestern als Standarte die Deutschen Farben zeigte, zumal da diese als Flagge hier noch von keiner Regierung notificirt worden. In See dürften aber leicht Schiffe mit der Deutschen Flagge von unsern Kreuzern als Schleswig-Holsteinische angehalten werden. Außer den schon ausgerüsteten 2 Fregatten, 3 Corvetten, 4 Briggs und 12 Kanonenböten mit Bombenkanonen, nebst 6 Dampfschiffen, sind noch andere Kriegsschiffe beim Ausrüsten, und darunter auch schon zwei der Drelogsschiffe, die angeblich bestimmt sind, bei einem hoffentlich noch zu vermeidenden Bruch mit Preußen, Stettin, Danzig und Pillau zu blokiren.

Spanien.

Ueber den Aufstandsversuch in Madrid am 26. März erfährt man nachträglich, daß 60 Insurgenten sich im Theater del Principe verschanzten und so muthig vertheidigten, daß die Truppen erst um 2½ Uhr Morgens, als die meisten Vertheidiger gefallen waren, sich der Stellung bemächtigen konnten. Nach den madrider Blättern vom 28. war die Stadt völlig ruhig und man fürchtete keine Erneuerung des Aufstandes, wenn es in den Provinzen ruhig bleibt, was bis jetzt der Fall ist. Narvaez hat ein Schreiben an den politischen Chef gerichtet, worin er das Benehmen der Truppen und achtbaren Bürger sehr belobt und äußert, der Erlump der Insurgenten würde Mord und Plünderung herbeigeführt haben. Am 28. waren die Laden geöffnet wie gewöhnlich. Madrid war in vier Militärbezirke getheilt und die Truppen wurden in den Casernen gehalten; in den Straßen sah man keine Entwicklung von Streitkräften. Die genaue Zahl der Todten und Verwundeten war noch nicht ermittelt. In einem einzigen Spital lagen 116 Verwundete der Insurgenten; mehrere Weiber hatten an dem Kampfe Theil genommen. Manche Insurgenten trugen die Uniform der Nationalgarde. — Unter General Balboa's Vortritt trat am 30. das Kriegsgericht zusammen; es heißt, daß die Königin etwaige Todesurtheile umwandeln werde. Zahlreiche Verhaftungen finden fortwährend Statt.

Montag, den 10. April 1848.

Verhandlungen des Vereinigten Landtags

am 4. April.

(Beschluss.)

§. 4. „Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Eben so sind sie berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu Gesellschaften ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß zu vereinigen.“

Bisher war gesetzlich, daß jede Gesellschaft und jede Vereinigung, zu welchem Zwecke sie sich auch bilden mochte, durch die Gesetze verpflichtet war, den Behörden ihre Absichten anzuzeigen und ihre Statuten einzusenden und dann zu warten, ob und unter welchen Bedingungen sie die Erlaubniß erhielt. Damit nicht genug, eine ganze Klasse von Vereinigungen war geradezu verboten, namentlich solche Verbindungen, welche politische oder auch nur scheinbar politische Gegenstände zum Zwecke ihrer öffentlichen Verhandlungen erhoben. Das Recht der freien Vereinigung oder wie es anders heißt das Recht der Association, das in England, Belgien, Nordamerika so herrliche Früchte trägt, war dem deutschen Volke nicht gegönnt, aber es fühlte schmerzlich, wie es durch diese Entziehung in seinem Rechte gekränkt sei. Die neue Regierung will nun dem Staatsbürger das nur zu lange vorenthaltene Recht wieder geben und hat deshalb das obige Gesetz dem Landtage zur Berathung vorgelegt. Die Abtheilung erklärte sich im Prinzip mit der Regierung einverstanden und der ganze Landtag billigte es, daß das freie Associationsrecht endlich anerkannt werde; nur glaubten mehrere Redner und selbst die Abtheilung im Einzelnen andere Fassungen vorschlagen zu müssen, um die Absicht der Regierung schärfer und gegen Mißdeutungen geschützt hervortreten zu lassen. Nach längerer Erörterung traten beide Kurien dem Abtheilungsgutachten bei.

§. 5. „Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntniß unabhängig.“

§. 6. „Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.“

Beide Grundbestimmungen unseres zu erwartenden Staatsgrundgesetzes wurden nach einigen Bemerkungen mit großer Majorität angenommen.

In derselben Sitzung wurde eine königliche Proposition über einen unter Verantwortlichkeit des Ministeriums zu gewährenden außerordentlichen Kredit vorgelegt und von dem Minister Hansemann in Betracht der um sich greifenden schwierigen Kreditverhältnisse dem Landtage empfohlen. Am Schlusse der Sitzung wurden die Mitglieder des Landtags dem Könige vorgestellt.

Am 5. April.

Die Minister v. Auerswald und Hansemann gaben im Beginn der Sitzung beruhigende Aufklärungen über die Zustände des Landes und über die Maßregeln, welche die Verwaltung hinsichts der theilweis allerdings sehr aufgeregten

Stimmung des Volkes. v. Auerswald erklärte, daß und wie die Regierung direkt zur Herstellung der Ruhe einschreite, und daß sie es bei diesen Mitteln nicht bewenden, sondern sich angelegen sein lasse, die Ursachen der Uebel aufzusuchen, um diese gründlich zu heilen. „Es sind“, sagte er, „die anarchischen Zustände hauptsächlich durch zwei verschiedene Veranlassungen hervorgerufen, einmal durch den wirklichen oder doch vorausgesetzten Mangel an Arbeit, dann aber auch durch die Verhältnisse, in denen viele Landesbewohner zu ihren Grundherren stehen, gegen die sie rechtliche Verpflichtungen haben. Es liegt im Interesse der Beteiligten von beiden Seiten, und es ist vielfältig von beiden Theilen ausgesprochen worden, daß in den einzelnen Landestheilen die Verhältnisse einer sorgfältigen Prüfung unterworfen werden müssen, und daß eine Vermittelung, eine Einigung, wenn sie rechtzeitig erfolgt, zahllosen Nachtheilen vorbeugen kann. Es ist augenblicklich ein Mittel dazu angewendet, was bereits durch die gesetzlichen Zustände geboten wird, nämlich die Anwendung der Kreis-Vermittelungskommissionen, welche nach dem Gesetz von 1834 bestehen. Die Behörden sind angewiesen, deren Thätigkeit so schnell als möglich ins Leben zu rufen, und ich hoffe zuversichtlich, daß ihre Wirksamkeit um so mehr von dem besten Erfolge begleitet sein wird, als die Mitglieder dieser Kommissionen aus dem Herzen der Kreise gewählt werden. Es sind außerdem Einleitungen getroffen, daß auf gesetzlichem Wege diese Verhältnisse zur Zufriedenheit beider Theile geschlichtet werden sollen, und wir behalten uns vor, dem verfassungsmäßigen Organ die Vorschläge darüber seiner Zeit vorzulegen.“ Der Minister fügt dann hinzu, „daß das, was an den bestehenden Zuständen einmal unhaltbar ist, **gründlich und gesetzlich** beseitigt werden **muß**.“ Dies sind sehr wichtige Worte, die wir allen unsern Mitbürgern und Brüdern, die unter einem wirklichen oder vorausgesetzten Drucke feudaler Lasten und feudaler Willkür seufzen, mit Freuden zurufen. Unsere Brüder auf dem Lande haben nun aus dem Munde eines verantwortlichen Ministers die klare, helle Zusicherung, daß das in unsern Zuständen einmal als unhaltbar Erkannte „gründlich und gesetzlich beseitigt werden **muße**.“ Der Finanzminister bezeichnete ferner als ein Hauptübel in unserer gegenwärtigen Zeit die allgemeine und zwar bei den meisten Menschen thörichte Furcht. Nachdem nun noch der Minister des Innern, veranlaßt durch eine Interpellation des Abgeordneten Bischoff-Schönhausen, der einen Anlauf machte, über das alte Königreich Polen zu reden, die Politik des Kabinetts in Absicht auf die Provinz Posen auf Grund der bisherigen königlichen Erlasse näher bezeichnet hatte, stattete der Graf von Helldorf dem Ministerium Dank ab für die von demselben in Aussicht gestellten Reformen und Erleichterungen der ländlichen Bevölkerung. Er sagte: „In der Provinz Sachsen drückt gerade die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung eine Anzahl Grundlasten aus der frühern Zeit an Privaten, Stiftungen, Rentämter u. s. w. Seit 1821 besteht das Ablösungsgesetz, aber es hat nicht in seiner Kraft gelegen, das

zu erreichen, was der Gesetzgeber sich vorgenommen hatte. In derselben Angelegenheit ergriff der Abgeordnete Krause aus Schlesien, und schilderte die Zustände seiner Provinz mit lebhaften Farben. Er meinte, die schlesischen Bewohner am Gebirge würden die Hand zur Gewalt nicht erheben, wenn man nicht mehr von ihnen forderte, als sie erschwingen könnten.

Endlich sprach noch der Abg. Kraszewski aus Posen in einer Weise über das Verfahren der Behörden in Posen, daß die Kurien ihr Mißfallen über diese Sprache nicht zurückhielten. In einer mit Beifall aufgenommenen Entgegnung widerlegte der Minister des Innern die politische Diatribe. Darauf ging die Versammlung zur Tagesordnung über. Die dazu bestimmte Abtheilung legte ihren Bericht über den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vor und stellte unter Zustimmung des Vereinigten Landtags die transitorische Bestimmung an die Spitze ihres Gutachtens: „Die Versammlung ist dazu berufen, die Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen, und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.“ Der erste Paragraph des Entwurfs lautete: „Jeder heimatberechtigte Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verliert hat, ist in der Gemeinde, worin er seit Jahresfrist seinen ordentlichen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung oder ohne eignen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht.“ Die Abtheilung schlug dagegen vor und die Versammlung trat ihr nach längerer Debatte bei: „Jeder preussische Staatsbürger, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.“ (Schluß folgt.)

Deutschland.

Halle, d. 8. April. Gestern Abend kamen mit dem letzten Güterzuge von Leipzig zwölf österreichische Deputirte hier an, die sogleich auf der Thüringer Eisenbahn weiter gingen, um in Frankfurt den beiden allein dort erschienenen Oesterreichern Wiesner und Graf Bissingen sich anzuschließen. Sie hoffen, daß man sie Alle, oder doch Einige von ihnen in den Ausschuß mit aufnehmen werde. Es befanden sich unter ihnen Anastasius Grün (Graf Auersperg, der bekannte Dichter), Franz Schuselka, v. Schmirling, der neue österreichische Bundestagsgesandte, dann der Verfasser von „Oesterreichs Zukunft“, der Oberst der aus zwölfhundert Juristen bestehenden „juridischen Legion“, und der Redakteur der „Grenzbote“ Ignaz Kuranda. Ein Comitè von Wiener Studenten begleitete sie; Alle waren bewaffnet und mit den deutschen Farben geschmückt; eine deutsche Fahne wehte aus dem Wagen, in dem sie fuhren. — Wetter nicht wäre vom Schlage getroffen worden, hätte er dies interessante — dies bedeutungsvolle Zeichen der erwachten Zeit mit ansehen müssen!

Frankfurt a. M., d. 4. April. Der Bundestag hat über die schleswig-holsteinische Angelegenheit nachstehenden Beschluß gefaßt:

1) Die Bundes-Versammlung erklärt in Gemäßheit des

Art. 38 der Schlussakte, daß Gefahr eines Angriffs für das deutsche Bundesland Holstein vorhanden ist, und spricht ihre volle Anerkennung für die in föderalem und nationalem Sinne von Preußen und den Staaten des 10ten Bundes-Armee-Corps zum Schutz der Bundesgränze in Holstein getroffenen Einleitungen aus;

2) die Bundes-Versammlung, um eine einheitliche Leitung in die zu jenem Zwecke etwa noch ferner nothwendigen militairischen Maßregeln zu bringen, ersucht Preußen, sich mit den Staaten des 10ten Armee-Corps hierüber ins Einvernehmen zu setzen;

3) die Bundes-Versammlung ist bereit, behufs Verhütung von Blutvergießen und zum Zweck der Herbeiführung einer gütlichen Einigung die Vermittelung zu übernehmen, und ersucht Preußen, das Vermittelungs-geschäft Namens des deutschen Bundes auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins, namentlich auf dem der staatsrechtlichen Verbindung mit Schleswig, zu führen.

Als selbstverständlich wird dabei vom Bunde vorausgesetzt, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden und der Status quo ante wieder hergestellt werde.

Ungarn.

Preßburg, d. 3. April. Das allerschwierigste Problem für die österreichische Politik ist jetzt ohne Zweifel die Verwendung des ungarischen Militärs außerhalb den Grenzen Ungarns. Solche Verwendung darf jetzt nicht ohne Contrasignatur des verantwortlichen ungarischen Ministers in Wien geschehen, es sind aber noch keine Gesetze vorhanden, welche diesem Minister zur Nachachtung dienen könnten und müßten. Der Begriff der pragmatiscen Sanction, welche in der kaiserl. Resolution dabei geltend gemacht wird, ist sehr vage und geeignet, die ernstlichsten Verwickelungen zu erzeugen. In der Deputirten-Tafel sind von Seiten sämtlicher Minister wie der Tafel selbst sehr bestimmte Erklärungen über den Umfang der Verpflichtungen, welche für Ungarn aus der pragmatiscen Sanction erfließen, gemacht worden. Nach diesen Erklärungen wird Ungarn sein Militär von jedem Angriff gegen andere Staaten zurückhalten und auch nicht zugeben, daß in den österreichischen Provinzen die constitutionellen Freiheitsbestrebungen durch ungarisches Militär unterdrückt würden. Ueber die Hauptfrage der Gegenwart aber, ob nämlich das ungarische Militär zur Behauptung der italienischen Provinzen gebraucht werden dürfe, thaten weder die Minister noch die Deputirten bestimmte und offene Aeußerungen. Es ist aber bedeutungsvoll, daß die Deputirten-Tafel die kaiserl. Resolution mit dem Bemerkten annahm, daß es der nächsten in Pesth zusammentretenden Volksrepräsentation anheimgegeben sei, Dasjenige festzustellen, was gegenwärtig noch schwankend geblieben. Zugleich wurde jede Uebnahme eines Theiles der österreichischen Staatsschuld abgelehnt, und es kann dies zur Widerlegung des wiener Börsengerichts dienen, nach welchem Ungarn von dieser Schuld 200 Millionen Gulden auf sich nehmen werde.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 31. März. Die heutige „St. Petersburgische Zeitung“ bringt nachstehende Berichtigung: „Bei der Eil, mit der das Allerhöchste Manifest vom 26. dieses Monats hat übersetzt werden müssen, ist das kirchenslawische Wort jazyzy durch „Heiden“ gegeben worden, während hier die andere, ursprüngliche Bedeutung desselben, „Völker“,

hätte gewählt werden müssen. Die angeführte Bibelstelle liest demnach folgendermaßen zu lesen: »Mit uns ist Gott! Erkennet es, Ihr Völker, und beuget Euch, denn mit uns ist Gott!«

Das heutige »Journal de St. Petersburg« enthält folgende Erklärung: »Wir haben in den letzten Tagen das Manifest veröffentlicht, welches von Sr. Majestät dem Kaiser aus Veranlassung der Bewegung erlassen ist, die das westliche Europa beunruhigen. Alle getreuen Unterthanen Sr. Majestät werden den Sinn desselben begriffen haben. Es ist die Sprache der Religion, die Sprache des Vaterlandes, wie sie in den Tagen der Prüfung oder Spannung unsere Souveraine gewöhnlich zu der russischen Nation sprechen. Da wir aber dessenungeachtet gewohnt sind, im Auslande die Handlungen und Worte der Kaiserlichen Regierung nur zu häufig auf die unrichtigste Weise gedeutet zu sehen, so halten wir es für gut, durch einige Aufklärungen den irrthümlichen Schlussfolgerungen vorzubeugen, welche man aus jenem Manifeste herleiten könnte. Man würde durchaus irren, wenn man darin irgend etwas Beunruhigendes für den Frieden entdecken wollte. Nichts könnte dem Gedanken der Kaiserlichen Regierung ferner liegen. Aber Angesichts der Aufregung, welche von außen gegen uns geleitet wird, war es natürlich, daß der Kaiser an das Nationalgefühl appellirte. In der That nicht allein in Frankreich, wo die polnische Emigration bei den Behörden eine Stütze findet, sondern auch in Ungarn, in Preußen, in Deutschland haben sich überall gegen Rußland herausfordernde Ausrufungen vernehmen lassen. Gesellschaften, repräsentative Versammlungen, selbst halboffizielle Blätter haben dieselben wiederholt. Man hat den umgestürzten oder durch den Aufstand veränderten Regierungen ein Verbrechen daraus gemacht, Beziehungen des guten Einverständnisses mit unserem Kabinett unterhalten zu haben. Bei der Nachricht von den Ereignissen, welche die Proklamation der Republik in Frankreich herbeigeführt haben, sind uns ohne Weiteres Absichten des Angriffs untergeschoben worden. Ehe wir noch wußten, ob es nöthig wäre, unser Blut für fremde Interessen zu vergießen, hat man laut unser Bündniß zurückgewiesen. Man hat sich bemüht, imit unserem Namen Sprechern einzuschleusen, und, als wenn man sich gegen jede Intervention von unserer Seite schützen wollte, hat man uns bedroht, ehe man noch dessen sicher war, daß wir selbst drohten. Die Ueberraschung ist das einzige Gefühl, welches uns diese Kundgebungen verursachen konnten, denn wir wissen nicht, daß Rußland in unserer Zeit jemals die Rechte oder die Unabhängigkeit Deutschlands verletzt oder beschränkt hätte. Die Geschichte von 1812 kann der Welt bezeugen, von welcher Seite der Angriff kam. Sie wird sagen, ob wir dem Nutzen oder dem Vorurtheil der deutschen Völker unser Bündniß angetragen haben. Die unruhigen Geister können sich demnach beruhigen. So wenig in Deutschland wie in Frankreich will Rußland in die Veränderungen sich einmischen, welche dort in der Art und Weise der Regierungen stattgefunden haben oder noch stattfinden könnten. Es denkt an keinen Angriff. Es will den Frieden; es hat ihn nöthig, um ohne Unterlaß an der Entwicklung seiner innern Wohlfahrt zu arbeiten. Mögen die Völker des Westens, wenn sie wollen, sich in Revolutionen stürzen, um das soziale Glück zu suchen; möge jedes von ihnen frei die Form der Regierung wählen, welche ihm gut scheint. Rußland wird dabei stehen, ohne sich daran zu betheiligen, ohne sich den Experimenten zu widersetzen, welche sie versuchen wollen. Es wird ihr Schicksal nicht beneiden, wenn sie endlich verbessert aus dem Schooße der Anarchie und der Unordnung

geläutert hervorgehen sollten. Was Rußland anbetrifft, so erwartet es von der Zeit und von der erleuchteten Vorsorge seiner Souveraine die weiteren Fortschritte seiner sozialen Lage. Aber da in seinen Augen wegen unserer Unvollkommenheiten und des von jedem gesellschaftlichen Zustande, von jeder Regierungsform unzertrennlichen Elends das standhafte Festhalten an der alten Ordnung unerlässlich nothwendig ist, da ohne dieses Festhalten es weder eine politische Macht nach außen, noch Kredit, noch Handel, noch Industrie, noch nationales Reichthum im Innern giebt, so wird Rußland sich dasselbe nicht nehmen lassen. Es wird nicht dulden, daß die fremde Propaganda das Feuer des Aufruhrs bei ihm anfache, daß unter dem Vorwande, unterdrückte Nationalitäten wiederherzustellen, irgend ein Theil der verschiedenen Glieder, welche die Einheit seines Reiches bilden, losgelöst werde. Wenn der Krieg endlich ausbrechen sollte, wenn Feindseligkeiten aus dem Chaos so mannigfaltigen Umsturzes, so vieler in Frage gestellten Rechte, so vieler sich bekämpfenden Ansprüche hervorgehen sollten, so wird Rußland in seinem nationalen Interesse prüfen, ob und bis zu welchem Grade es angemessen ist, an den Streitigkeiten von Staat zu Staat, von Volk zu Volk Theil zu nehmen. Nur die Gränzbestimmungen und den Zustand des Besitzes, die es verbürgt hat, wird es nicht aus den Augen verlieren, und es ist fest entschlossen, nicht zu dulden, daß das politische und territoriale Gleichgewicht, wenn es verändert werden sollte, gegen seine Ansicht verändert werde. Bis dahin wird Rußland eine strenge Neutralität beobachten, Zuschauer der Ereignisse sein, sich nicht angreifend, aber wachsam verhalten. Kurz, es wird Niemand angreifen, wenn es nicht selbst angegriffen wird; es wird gewissenhaft die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit seiner Nachbarn achten, wenn seine Nachbarn Sorge tragen, die Unverletzlichkeit und die Unabhängigkeit Rußlands zu respektiren.“

Schweden und Norwegen.

Hamburg, d. 4. April. Ueber Christiania gehen uns Nachrichten aus Stockholm vom 23. März, zwei Tage neuer als die letzten, zu. Die Ruhe war nicht weiter gestört worden, doch wurden noch fortwährend die außerordentlichsten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Anzahl der Todten soll größer sein, als ursprünglich angegeben worden, die der Verwundeten betrug 70—80. Eine Bürgergarde von etwa 2000 Personen hatte sich gebildet. Der König und die Königin waren am 23. März zuerst wieder ausgefahren.

Italien.

Rom, d. 26. März. Der österreichische Gesandte hat seine Funktionen eingestellt. Er erwartet Weisungen aus Wien. Seine Abreise hat er auf persönliches Ersuchen des Papstes ausgesetzt. Eine Ehrenerklärung von Seiten desselben ist ihm zu Theil geworden. Der Papst ließ ihn zu einer Fahrt vor die Porta Pia auffordern. Als der Papst ihm dort begegnete, stieg er aus dem Wagen, reichte ihm die Hand und bat, ihn nicht für die Uebereilung eine aufgeregten Menge verantwortlich zu machen. Er behalte sich weitere Maßregeln vor, so lange möge der Gesandte ihm doch keine neuen Verlegenheiten bereiten. Er ging eine Weile mit ihm spazieren in eifrigster Unterhaltung. Der Gesandte versprach, bis auf weitere Instructionen aus Wien nichts zu unternehmen. Als der Papst übrigens die ersten Nachrichten aus Oesterreich erhielt, soll er gerufen haben:

„Vivo Pio nono!“ dann aber erst hinzugefügt haben: „So ist also nun auch der dritte Fuß des Stuhles Petri gebrochen.“

In Rom hat sich ein Comité gebildet und eine Adresse an den Papst entworfen, worin er gebeten wird, die Wiedergeburt Italiens dadurch zu vollenden, daß er die unverweilte Zusammenberufung eines italienischen Parlaments nach Rom bewerkstellige. Der Entwurf ist unter Anderm unterzeichnet von Pater Ventura, Prof. Orioli, Graf Litza, Marchese d'Azeglio. In Rom und Toscana strömen die Bürger zu Hunderten herbei, um die Adresse zu unterzeichnen.

Lombardien. Unterm 31. März macht die prov. Regierung von Mailand bekannt, daß sie nun die Bestimmung aller lombardischen Städte erlangt habe, welche Repräsentanten wählen und abordnen werden, die in der prov. Regierung Sitz und Stimme haben sollen. Auch Padua, Modena und Parma seyen mit derselben in Verbindung getreten. Unterm 26. März hat die prov. Regierung der Republik Venedig ein Schreiben an die Mailands gerichtet, in dem die Stelle vorkommt: „Wenn der heilige Boden des Vaterlandes nicht mehr vom Fuße eines fremden Unterdrückers getreten seyn wird, werden wir gemeinsam überlegen, was der gemeinsame Vortheil und der gemeinsame Ruhm erheischen.“

Mailand, d. 31. März. Die österreichische Armee zieht sich immer mehr auf Mantua zurück, schon jetzt das Land so viel als möglich; die letzten Berichte bringen, sie stehe bei Lenno, Orzinuovi und Minervio. Ein wirkliches Gefecht ist noch nicht vorgefallen. Der König von Sardinien ist persönlich in Pavia angelangt; seine Armee zählt volle 30,000 Mann ohne die Freiwilligen und Civilgarde. Die Barricaden im Innern der Stadt werden nun weggeräumt. Die beste Ordnung wird gehandhabt; von Diebstählen hört man nie etwas. — Ein Schreiben aus Mailand vom 2. April besagt, die Stadt Mantua sei in der Gewalt der Bürger.

Palermo, den 28. März. Das sicilianische Parlament ist eröffnet. Die zwei Kammern (Pairs und Deputirte) sind constituirt. Ruggiero Settimo ist zum Regenten ausgerufen worden. Die politische Trennung zwischen Neapel und Sicilien ist jetzt eine vollendete Thatsache. (K. Ztg.)

Großbritannien und Irland.

London, den 1. April. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung antwortete Lord Palmerston auf eine Anfrage des Herrn Clay, ob Maßregeln getroffen seien, den britischen Handel in der Ostsee zu schützen, das sei nicht geschehen, denn die Regierung habe es nicht für nothwendig gehalten.

Die englische Presse fährt fort, unter dem Dannebrog zu fechten. »Morning-Chronicle« enthält einen Artikel, in welchem es sich die Mühe gibt, die staatsrechtliche Frage über Schleswig-Holstein gründlich zu untersuchen. Diese geschichtliche Untersuchung beginnt mit dem Jahre 1665! Die »Times« spricht sich heute folgender Maßen aus: »Mit den Ergebnissen irgend einer Bewegung oder Revolution innerhalb der Herzogthümer im Volke selbst hat Europa wenig zu thun und gewiß kein Recht sich einzumischen. Wenn aber die Aufregung und die Theilnahme der deutschen Streitkräfte sie dazu führen sollte, die Eider zu überschreiten und nach Schleswig vorzudringen, so würde dies ein Act des Krieges gegen die Krone Dänemark sein, und Deutschland würde die Neutralität und Unabhängigkeit eines fremden Staates eben so

sehr verlezt haben, als wenn eine französische Armee in die Rheinprovinz eingedrungen wäre. Wir wünschen aufrichtig, daß keine von beiden Provocationen« (die »Times« sprach vorher von den möglichen Verwickelungen wegen Polens) »den Continent in alle Schrecknisse eines Krieges stürzen möge; aber um sie zu vermeiden, bedarf Europa der Lenkung einer festen, gemäßigten und billigen Diplomatie, worauf man kaum hoffen kann, wenn die Macht der Regierung in so vielen Ländern dem Andrang des Volkes preisgegeben ist und manche der alten Landmarken der Welt fortgerissen sind.« Die »Times« scheint darauf hinzudeuten, daß auch England geneigt sein möchte, sein Wort in diese Sache drein zu reden. Allein eine wachsende Partei in England, noch gestern Abend im Parlament durch Hrn. Hume vertreten, ist entschieden gegen jede kriegerische Einmischung Englands in die Angelegenheiten des Festlandes.

Schleswig-Holstein.

Auf die vielen brieflich an mich ergehenden Anfragen bemerke ich, daß ich erst dann darauf antworten kann, wenn ich ein täglich zu erwartendes weiteres Schreiben der provisorischen Regierung in Rendsburg erhalten haben werde. Auch ist es nur möglich, in diesem Blatte die nöthige Auskunft zu geben. Da sich, wie ich bereits berichtet habe, ein Committee, bestehend aus den Herren Stadträthen Heise, Gärtner und Kaufmann Kersten, dem Herrn Justizcommissar und Stadtverordnetenvorsteher Fritsch, Herrn Premier-Lieutenant vom 27. Infanterie-Regiment Helmuth, Herrn Kaufmann Jacob und mir, gebildet hat, so bitte ich, Briefe nunmehr »an das Committee des Centralvereins für Unterstützung der Schleswig-Holsteinischen Sache zu Halle a/S.« adressiren zu wollen. Ueber die bis jetzt eingegangenen Gelder u. s. w. wird das Committee berichten. Uebrigens sind bekanntlich augenblicklich die Feindseligkeiten eingestellt, da man auf eine angebotene Vermittlung eingegangen ist. Ob sie zu einem genügenden Resultate führen wird, oder doch das Schwert entscheiden soll, muß abgewartet werden.

Halle, den 8. April 1848.

Dr. Eduard Wippermann.

Verzeichniß

der in

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten
am 10. April c. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Ueberlassung einer Seiler-Spinnbahn.
- 2) Ueberlassung eines Straßentheils an den Mühlenbesitzer Küstner.
- 3) Antwort auf den Antrag über die Ressortverhältnisse des Hospitals.
- 4) Nachricht über die Zahl der im Zwinger beschäftigten Arbeiter.
- 5) Abgabe einer Erklärung in Bezug auf die projectirte Anleihe.
- 6) Erklärung auf eine Anfrage des Kaufmann Seyffert, wegen des von ihm zu acquirirenden Röhrowassers.
- 7) Verpachtung eines Ackerstücks am Viehmarktplatz zum Kartoffelbau.
- 8) Verpachtung der Keller unterm Waagegebäude.
- 9) Aufhebung des Contracts über das Budenhaus am Frankensplatz.

Bekanntmachungen.

Wegen Verlegung meines Bureaus vor das Leipziger Thor, ist dessen Schließung in den Tagen vom 12. bis 18. d. M. unerlässlich, weshalb ich alle diejenigen, welche mündliche Anträge bei mir zu machen haben, hierdurch ersuche, solche erst nach dem 18. d. Mts. anzubringen.

Die Sparkasse des Saalkreises, welche gleichfalls vor das Leipziger Thor verlegt werden soll, kann ebenfalls am 13., 15. und 18. d. Mts. keine Einlagen annehmen und zurückzahlen.

Halle, den 10. April 1848.

Der Landrath des Saalkreises.
v. Bassowik.

Seit dem 1. April d. J. erscheint für den Bitterfelder Kreis ein eignes Kreisblatt.

Man abonniert bei dem Unterzeichneten vierteljährlich mit 7 $\frac{1}{2}$ 6 $\frac{1}{2}$. Anzeigen werden bis Donnerstag Mittag jeder Woche angenommen.

J. G. Schenke,
Buchdrucker-Besitzer in Bitterfeld.

Einige Reparaturen am Pfarrgehöfte zu Capelle sollen an den Mindestfordern den verbunden werden. Unternehmungslustige werden hiermit eingeladen, sich den 12. d. M. Nachmittags 2 Uhr in der Wohnung des dasigen Erbrichter Herrn Bannicke einzufinden. Anschlag und Bedingungen sind daselbst einzusehen.

Ein Bursche kann zu Ostern in die Lehre treten große Brauhausgasse Nr. 361 beim Schneidermeister Mandel.

Ein Kapital von 30,000 \mathcal{R} Courant und ein dergleichen von 15,000 \mathcal{R} Courant werden gegen hypothekarische Sicherheit, welche mit ländlichen Grundstücken bestellt werden soll, zu leihen gesucht. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen der Justiz-Commissar Bindewald in Eisleben.

Kunst-Nachricht.

Morgen, Dienstag d. 11. April c., 1:stes Concert des musikalischen Vereins.

Der Vorstand.

Wohnungs-Veränderung.

Ich mache einem hiesigen und auswärtigen Publikum bekannt, daß ich auf dem Strohhofe Lillengasse Nr. 2074 wohne.

Der Maurer Carl Teubner.

Die so schnell vergriffenen gegossenen Deutschen National-Loecarden sind wieder vorrätzig bei Hentschel, kl. Schlamm.

Mit gegenwärtiger Anzeige, daß ich mich als Schneidermeister alhier besetzt habe, verbinde ich die beschriebene Bitte, mich bei meinem Geschäfte mit geneigten Aufträgen zu beehren, und werde mich des mir geschenkten Vertrauens jederzeit würdig zu beweisen suchen.

Steuden bei Schraplau, am 7. April 1848.

Wilhelm Beeck, Schneidermeister.

Saamen-Dötter
bei C. G. Fritsch & Comp.

Gesangbücher.

Halle'sche, Magdeburger, Berliner, Halle'sche Dom- und deutsch-katholische Gesangbücher empfehle ich ord. u. ff. gebunden billigt.

J. G. Grosse.

Horn-Concert

Dienstag Nachmittags 3 Uhr in der Weintraube.

Sofort auszuleihen

sind 600 bis 700 \mathcal{R} auf ländliche Grundstücke, Halle, gr. Steinstraße Nr. 86, 1 Treppe hoch links.

Für das laufende Jahr übernehmen wir wieder Versicherungen gegen Hagelschaden für die neue Berliner Assicurang-Gesellschaft, und sind die dazu nöthigen Formulare bei uns zu haben.

Halle, den 10. April 1848.

N. W. Barnitson & Sohn,
Agenten der neuen Hagel-Assicurang-Gesellschaft in Berlin.

Heute eröffnete ich ein Cigarren- und Tabacks-Geschäft und empfehle eine schöne Auswahl Bremer und Hamburger Cigarren zu den billigsten Preisen bei reeller Bedienung.

Zugleich halte ich mein Lager kurzer, halblanger und langer Tabacks- und Cigarren-Pfeifen bestens empfehlen.

Halle, den 1. April 1848.

R. Rudolph,
Klausthor Nr. 2158.

4 Familienlogis für den Preis von 50 \mathcal{R} , 40 \mathcal{R} , 30 \mathcal{R} , stehen von jetzt ab zu vermieten und können den 1. Juli bezogen werden.

L. Kathe.

Mauersteine u. Dachsteine, so wie alle in dieses Fach schlagende Artikel empfiehlt die Ziegelei bei Schlettau; Bestellungen werden daselbst so wie in meinem Hause, Leipziger Straße Nr. 1649, bei dem Kaufmann Herrn G. Eichardt angenommen.

Halle, den 7. April 1848.

Heinrich Fritsch.

Größte hochrothe Apfelsinen empfing frisch und empfiehlt billigst im Einzelnen, Duzenden und Kisten Bolke.

In der Schwetschke'schen Sort.-Buch. (Pfeffer) ist zu haben:

Die Regel der Apostel, daß man Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen. Eine Predigt von W. N. Lange. 8. geh. 3 $\frac{1}{2}$.

Verlag bei G. Reichardt in Eisleben.

Der Herr Herrmann Senf hier hat die Agentur für uns aufgegeben, was wir hierdurch bekannt machen.

Halle, den 8. April 1848.

C. G. Fritsch & Comp.

Früher kl. Ulrichsstraße Nr. 1022, jetzt kl. Schlamm 971,

Die Verlegung meines Geschäfts zeige ich einem hochverehrten Publikum hierdurch ganz ergebenst an, und werde stets bemüht sein, durch prompte und reelle Bedienung das Zutrauen meiner geehrten Kunden zu erhalten.

Blechlackrer und Firmaschreiber
F. Hentschel.

Die im Courier unter der Chiffre A. Z. im Fürstenthale gesuchte Hauslehrerstelle ist gefunden worden.

Halle, den 6. April 1848.

Die Bel-Etage Leipziger Straße Nr. 324, welche Herr Major Schumann 6 Jahre bewohnt, ist anderweitig zu vermieten und kann den 1. October bezogen werden.

Halle. L. Kathe.

Hôtel de Prusse. Heute, Montag, Tanzmusik.

Alle Sorten saubere und dauerhafte Damen-Schuhmacher-Arbeiten in Sammet, Seide, Zeug, Gamsleder liegen zur Auswahl vorrätzig; auch werden Bestellungen schnell und zu soliden Preisen reell besorgt bei

C. Kreppler,
wohnhaft Leipzigerstraße Nr. 322,
in der Wagenfabrik des Hrn. Kathe.

Bekanntmachung.

Von dem Provizial-Steuer-Directorium ist mir auf mein Gesuch nachgegeben, daß von jetzt ab das zu meiner Mühle kommende Landgemahl nicht wie bisher zur Verwiegung nach der Waage geschafft zu werden braucht, sondern sofort zur Mühle gebracht werden kann, nachdem vorher in der Schifferthor-Expedition ein Mahlfreischein gelöst ist, was ich hierdurch meinen auswärtigen Mahlgästen bekannt mache.

Halle, den 4. April 1848.

C. F. Teuscher.

Bei C. F. Amelang in Berlin ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu haben [vorräthig in der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer)]:

Des Herrn Abendmahl.

Ein Beicht- und Communionbuch für gebildete Christen.

Von Christian Wilhelm Spieker,

Doctor der Philosophie u. Theologie, Superintendent, Professor u. Oberpfarrer zu Frankfurt a. d. O., Ritter zc.

Sechste verbesserte Auflage.

24 Bogen in Octav. Maschinen-Wellpapier. Sauber geh. 1 Rp.

In den Literar. Blättern für Homiletik und Ascetik, 1840, Nr. 6, befindet sich nachstehende günstige Beurtheilung der fünften Auflage: »Dieses Beicht- und Communionbuch eines auch durch viele anderweitige Arbeiten im Gebiete der Ascetik »rühmlichst bekannten Verfassers ist eins der besten, welche dem Ref. dieses noch zur »Hand gekommen sind. Für die Trefflichkeit des Werkes, das von fast allen Kunst- »richtern mit dem ungetheiltesten Beifall aufgenommen worden ist, zeugt unverkennbar »auch der Umstand, daß es jetzt schon die fünfte Auflage erlebt hat. Wie sein In- »halt erbaulich, seinem Zwecke entsprechend und die Sprache correct ist: so ist auch das »äußere desselben würdevoll ausgestattet. Ein geschmackvolles Titeltupfer sammt Bi- »gnette, gefälliger Druck, gutes Papier, zeichnen dasselbe vor vielen seines Gleichen »aus. Es verdient also in jeder Hinsicht der Empfehlung und ist der weitesten Ver- »breitung werth. Mit Recht ist Christus der Hauptgedanke, der sich durchs ganze »Werk fortbewegt, von dem in den einzelnen Abendmahlsbetrachtungen Alles ausgeht »und auf welchen Alles zurückgeführt wird. Daß denselben die Geschichte der letzten »Lebensstage Jesu, seine bedeutungsvollen Reden, seine tröstenden Verheißungen, seine »hoffnungsreichen Betrachtungen die rechte Bedeutung und Beziehung, gleichsam eine »geschichtliche Grundlage geben, findet Ref. in der That lobenswerth.«

Einem geehrten Publikum zeige ich an, daß ich eine Sendung von Umschlagetüchern, wie auch Deckentüchern, Kleiderstoffen in Seide, Wolle und halbwollenen Zeugen, Buckskins, Westentstoffen, schwarz- und buntseidenen Hals- und Taschen-Tüchern erhalten habe, und verspreche die billigsten Preise.

Die neue Modewaaren-Handlung von S. Gundersmann, Leipziger Straße Nr. 324, neben dem Hrn. Conditor Feldmann.

Drei Stück starke Arbeitspferde sind wegen Wirthschafts-Veränderung zu verkaufen Halle, gr. Ulrichsstr. Nr. 67.

Eine neumilkende Kuh, noch jung, steht zum Verkauf bei Brandt in Trebitz bei Wittin.

Bekanntmachung.

In der Maschinenwerkstätte der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft sind 600—800 ℓ alt:es Gußeisen, Schmiedeeisenabfälle und Schienenstücke zu verkaufen und liegen zur Ansicht bereit. Kaufliebhaber werden ersucht, ihre Gebote bis zum 1. Mai d. J. schriftlich bei dem Unterzeichneten abzugeben.

Der Zuschlag an den Meistbietenden soll nach eingeholter Genehmigung Wohlwöblicher Direction bis zum 15. Mai erfolgen, bis wohin Jeder an sein Gebot gebunden bleibt. Die Zahlung ist nach erfolgter Uebergabe des Eisens sofort zu leisten.

Erfurt, den 7. April 1848.

Der Maschinenmeister
J. Braust.

Betten- u. Federn-Verkauf.

Neue Federbetten, ein- und zweischläfelige Herrschafts- und Gesindebetten, sind stets in größter Auswahl und zu den bekannten billigen Preisen zu haben. Neue gerissene böhmische Bettfedern, das ℓ 13, 15, 18, 20 und 22 ℓ , und Daunen das ℓ 1 Rp 5 ℓ sind stets in allen Nummern vorräthig. An anständige Herrschaften sind feine Betten mit Ueberzügen monatlich für 1 Rp zu vermieten, nach Belieben auch Bettstellen.

Lange, Bett- und Federhändler.

Halle, Trödel Nr. 768, 3 Häuser vom Roland, dem Bäckermeister Herrn Jungel gegenüber.

Neue und gebrauchte Kutschwagen, Geschirr, Sättel, Reitzeuge und dergl. mehr, alles in großer und schönster Auswahl, empfiehlt C. Zander, Sattler-Meister, große Ulrichsstraße Nr. 55.